

Mittelstands Magazin

G 1480

11

2016

www.mit-magazin.de

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

WIRTSCHAFT

Neuer Partner
Iran?

POLITIK

Bosbachs
Rückzug

SOZIALES

Die Flexi-
Rente kommt



Amazon hängt alle ab
Auf dem Weg zum größten Händler
in Deutschland

Volkswagen für Selbstständige.

Unser Programm
für Ihren
Erfolg.



Kommt Ihrem Geschäft entgegen:

- Attraktiver Preisvorteil¹
- Günstige Leasingrate²
- Komfortable Mobilitätsmodule²

Professional Class
Volkswagen für Selbstständige



Volkswagen

¹ Professional Class ist ein Angebot für alle Selbstständigen. Einzelheiten zur jeweils erforderlichen Legitimation erfahren Sie bei Ihrem teilnehmenden Volkswagen Partner. ² Ein Angebot der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Str. 57, 38112 Braunschweig, für gewerbliche Einzelabnehmer mit Ausnahme von Sonderkunden für ausgewählte Modelle. Bonität vorausgesetzt. Alle Werte zzgl. gesetzlicher Mehrwertsteuer. Abbildung zeigt Sonderausstattungen gegen Mehrpreis.

Entgeltgleichheitsgesetz wird Menschen enttäuschen

Die Politik tut es schon wieder. Sie gibt vor, Probleme zu lösen, die sich mit den geplanten Maßnahmen überhaupt nicht lösen lassen. Dieses Mal geht es um das Thema Lohngerechtigkeit. Laut Statistischem Bundesamt gibt es bei den Durchschnittsgehältern von Männern und Frauen eine Lohnlücke von 21 Prozent. Die Große Koalition will jetzt eine Gerechtigkeitsoffensive starten und Unternehmen ab 200 Mitarbeitern dazu verpflichten, einen individuellen Rechtsanspruch von Arbeitnehmern auf Informationen über ungerechte Bezahlung einzuführen. Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sollen zudem regelmäßig ein Verfahren zur Herstellung von Lohngleichheit entwickeln und darüber berichten.

Wer sich die oben genannten Daten einmal genauer anschaut, wird schnell erkennen, dass es hier weniger um fehlende Transparenz oder gar bösen Willen von Arbeitgebern geht, sondern dass Lohnunterschiede zu meist mit persönlichen Entscheidungen zusammenhängen. Frauen sind häufiger in Branchen anzutreffen, in denen durchschnittlich weniger verdient wird. Ihr Interesse an technisch-mathematischen Fächern, die letztlich zu gut bezahlten Jobs führen, ist leider noch immer gering. Dies wäre aber einer der Hebel, um sich der Lohnlücke sachgerecht zu nähern. Stattdessen greift die Politik zu Maßnahmen, die viele Frauen hoffen lässt, dann aber enttäuschen wird.

Die Politik droht erneut zum Irrläufer zu werden, so wie zuvor schon bei der Rente mit 63. Damals wollte die Politik für die Berufsgruppen etwas tun, die aufgrund körperlicher Arbeit das reguläre Rentenalter oft nicht erreichen. Das Vorzeigebeispiel war der Dachdecker. Als Lösung schlug die Politik die Rente mit 63 vor, also eine abschlagsfreie Rente für alle Beschäftigten ab 63, die mindestens 45 Jahre Beiträge gezahlt haben. Ich habe bei der Deutschen Rentenversicherung nachgefragt: Es ist bislang kein Fall von einem Dachdecker bekannt, der von dieser Neuregelung profitiert; dafür aber Zehntausende gut verdienende Facharbeiter aus Großkonzernen oder dem öffentlichen Dienst. Die Politik hat schlicht nicht berücksichtigt, dass der vielzi-

tierte Dachdecker es oft nicht einmal bis zur 63 schafft, sondern schon viel früher, häufig noch vor 60, in die Erwerbsminderungsrente geht. Genau hier hätte eine zielorientierte Politik ansetzen müssen.

Dr. Carsten Linnemann ist Bundestagsabgeordneter und Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

Ein weiteres Beispiel für eine solche Irrläufer-Politik stellt die E-Auto-Kaufprämie dar. Die Politik hat sich das Ziel gesetzt, bis 2020 eine Million Elektroautos auf Deutschlands Straßen zu bringen. Doch die Konsumenten und Produzenten verhielten sich nicht ganz so wie erwünscht. Die Verkaufszahlen bewegten sich eher in den Tausenden als in den Hunderttausenden – und die Politik sah sich genötigt zu handeln. Aber das tat sie dann entgegen allem Expertenrat: Sie führte eine Kaufprämie ein, wonach jeder, der ein Elektroauto kauft, vom Staat 2.000 Euro dazu bekommt. Der Hersteller sollte seinerseits 2.000 Euro dazu tun. Doch am Ende sparte ein Teil der Hersteller diesen Betrag bei den Rabatten ein, der Vorteil der Prämie wurde also durch höhere Autopreise kompensiert. Die Kaufprämie wurde zum Flop: Bislang wurden nur wenige Tausend Antragsteller gezählt.

Jetzt droht mit dem Entgeltgleichheitsgesetz ein weiterer teurer Irrtum, der obendrein die Politikverdrossenheit anheizen wird. Jetzt heißt es leider wieder einmal Schlimmeres zu verhindern. Zudem ist es an der MIT, immer wieder auf das hinzuweisen, was langfristig trägt und unsere Gesellschaft stabilisiert, wie zum Beispiel unser Steuerkonzept.

Herzlichst

Ihr Carsten Linnemann



Bauteile fertigen: manuell.

Belege austauschen: digital.

Mit meinem Steuerberater.



Bei der Fertigung ist eine gut organisierte Zusammenarbeit das A und O. Genau wie bei der Buchführung. Mit dem digitalen Belegaustausch kann Ihr Steuerberater Sie optimal unterstützen. Das spart Ihnen viel Aufwand und Sie haben jederzeit einen tagesaktuellen Überblick. Einfach nur Belege scannen – die Originale bleiben in Ihrem Unternehmen. Setzen Sie auf digitale Zusammenarbeit in der Buchführung, denn so bucht man heute!

Mehr Infos unter 0800 100 1116
oder auf www.datev.de/buchen



Zukunft gestalten. Gemeinsam.

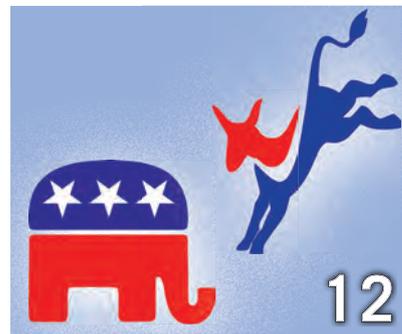
4 ► INHALT

POLITIK

- 3 **EDITORIAL**
MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann zur aktuellen Politik
- 5 **Unsere Seite-5-Karikatur**
- 6 **Wolfgang Bosbach erklärt seine Entfremdung von der CDU**
Unser Autor Hugo Müller-Vogg im Gespräch mit dem Politiker
- 8 **Iran nach dem Ende der Sanktionen**
Neue Chancen auch für den Mittelstand – ein Reisebericht
- 10 **Lernen voneinander – Deutschland und die Balten**
Interview mit der Europaabgeordneten Inese Vaidere
- 12 **US-Wahl 2016**
Schlussspurt bis zum 8. November



8



12

WIRTSCHAFT/ UNTERNEHMEN

- 18 **US-Handelsriese Amazon hängt alle ab**
Amazon könnte der größte Händler in Deutschland werden und befeuert die Fantasien aller Startup-Enthusiasten



18

SERVICE

- 22 **Die Flexi-Rente kommt**
- 24 **Bücher – für Sie gelesen**
- 25 **AUTO-Fahrberichte**
Daimler-Benz E-Klasse und Citroen Jumpy

Thomas Köster (Hg.)

Zukunfts feste Rente

Neue Impulse für
die Alterssicherung

22

MIT-/ MU-INSIDE

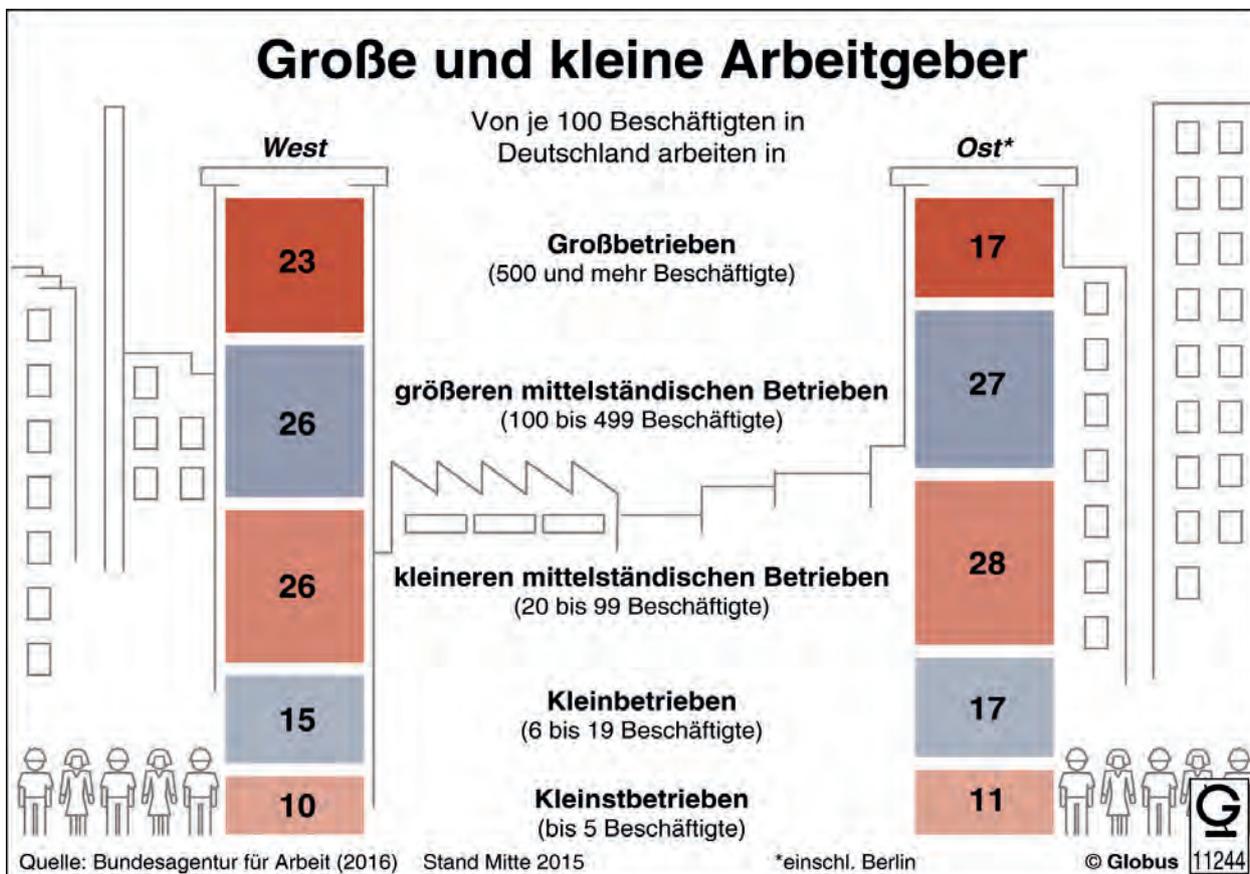
- 26 **Pro & Contra Abgeltungssteuer**
- 27 **EU-Check und Jahresdaten**
- 28 **MIT- und MU-Inside**
- 32 **Neu in der MIT**
- 33 **Neues aus der Bundesgeschäftsstelle**
- 34 **Auf den Punkt gebracht**
Magazin-Chefredakteur Günter F. Kohl ärgert sich mit jenen, denen Wolfgang Bosbach eine Stimme gibt
- 34 **Impressum**



25



QUAL DER WAHL



„Ich kann in wichtigen Punkten meiner CDU nicht mehr folgen“

Wie Wolfgang Bosbach seinen Rückzug aus der Politik begründet

Von Hugo Müller-Vogg

Er wird fehlen: Bei der Bundestagswahl 2017 kandidiert Wolfgang Bosbach im nächsten Jahr nicht mehr für den Bundestag. Die CDU verliert damit einen ihrer bekanntesten Politiker: ein Konservativer mit klaren Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit, ein leidenschaftlicher Patriot, ein Mann, der weder bei der Eurorettung noch in der Flüchtlingskrise den Konflikt mit der Kanzlerin scheute.

Über seine bisherigen 22 Jahre als Innen- und Rechtspolitiker habe ich mit Bosbach mehrere lange Interviews geführt. Hier seine Kernaussagen zum Verhältnis zu seiner eigenen Partei.

Zur Begründung seines Rückzugs:

„Es gibt nicht nur einen Grund, sondern ein ganzes Bündel von Gründen. Zum einen möchte ich wirklich nicht auf Dauer die Kuh sein, die quer im Stall steht, und als Quertreiber gelten. Unbegreiflich sind für mich auch Vorwürfe, meine Haltung in bestimmten Sachfragen entspringe einer Profilierungssucht oder wäre das Ergebnis unerfüllter Karriere Wünsche. Bei solchen Vorwürfen hört für mich der Spaß auf. Da ist das Maß des Erträglichen überschritten.“

Zur Diskussionskultur in der CDU:

„Allein der Wunsch, dass in der Union über strittige Themen lebendig diskutiert wird, gilt heutzutage schon als Angriff auf die eigene Parteivorsitzende und die Bundeskanzlerin. (...) Eigentlich ist die Lage aus meiner Sicht geradezu paradox: In keiner einzigen politischen Frage ver-

trete ich eine Position, die früher nicht auch einmal die Position meiner Partei war. Wohlgermerkt: war. Wer mir vorwerfen will, dass ich nicht schnell genug in der Lage bin, meine politischen Positionen zu wechseln, der mag das tun. Dieser Vorwurf wäre sogar gerechtfertigt. Mit diesem Vorwurf könnte ich allerdings sehr gut leben.“

Bosbach über seine Entfremdung von der CDU:

„Die begann schon am Abend der letzten Bundestagswahl. Das Wahlergebnis war für die Union doch nur auf den ersten Blick großartig. Daher habe ich mich über den grenzenlosen Jubel im Konrad-Adenauer-Haus mehr als nur gewundert. Hatte denn dort niemand bemerkt, dass wir unser wichtigstes Wahlziel – Fortsetzung der schwarz-gelben Koalition – glatt verfehlt hatten? Nicht nur das: Unser Koalitionspartner FDP war aus dem Parlament herausgeflogen, und es gab im Bundestag plötzlich eine linke parlamentarische Mehrheit – auch wenn die Union mit Abstand stärkste parlamentarische Kraft war. Das war in der vorangegangenen Wahlperiode ganz anders. Über eine linke parlamentarische Mehrheit konnte ich mich noch nie freuen.“

Über den Modernisierungskurs der Merkel/Tauber-Union:

„Die CDU hat deutlich gemacht, dass sie dringend einen sogenannten Modernisierungsschub braucht. Da gehören Politiker wie ich eher zu den Auslaufmodellen. Bereits vor zwei Jahren hat Generalsekretär Tauber verkündet, dass die CDU »jünger, bunter, weiblicher« werden soll. So richtig passt das ja wirklich nicht zu mir. Ich werde ständig älter,



Wolfgang Bosbach: „Endspurt. Wie Politik tatsächlich ist und wie sie sein sollte. Ein Gespräch mit Hugo Müller-Vogg.“ Quadriga-Verlag, 24 Euro, ISBN: 978-3-86995-092-1.

nicht jünger. Frau werde ich auch nicht mehr, und angesichts meines Geburtsortes Bergisch Gladbach wird man selbst im fernen Berlin nicht behaupten, dass ich einen Migrationshintergrund habe.“

Über die »Sozialdemokratisierung« der Union:

„Nach dem Verlauf der Koalitionsverhandlungen war klar, die SPD bekommt den gesetzlichen Mindestlohn, die Rente mit 63 und die Mietpreisbremse. Dafür gab es auf Wunsch der Union keine Steuererhöhungen und eine Verbesserung bei der Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht. Das konnte ich ja noch nachvollziehen. Aber dann wurden in einem atemberaubenden Tempo 1.600 neue Stellen geschaffen, um die Einhaltung des Mindestlohngesetzes durch die Arbeitgeber zu kontrollieren. Man unterstellte den Arbeitgebern sofort, sie würden alle möglichen, auch rechtlich fragwürdigen Anstrengungen unternehmen, um den Mindestlohn zu unterlaufen. Warum hat von der CDU niemand gesagt: Ihr könnt doch nicht alle Arbeitgeber in der Bundesrepublik unter Generalverdacht stellen? Bei kritischen Anmerkungen heißt es doch sonst immer sofort: Kein Generalverdacht! Bei Arbeitgebern ist das offenbar anders.“



Innovation
that excites

DER NISSAN PULSAR.

NISSAN PULSAR VISIA

1.5 l dCi, 81 kW (110 PS)

Leasingsonderzahlung: € 0,-

Laufzeit: **48 Monate**

Gesamtlauflistung: **60.000 km**

Monatliche Leasingrate:

AB € 229,-¹ (NETTO)
inkl. Technikerservice²



AUCH FÜR GROSSE KLEINUNTERNEHMER.

Mit Abstand am besten: der NISSAN PULSAR mit der größten Beinfreiheit seiner Klasse.³

Mit seinem geräumigen Innenraum, sportlichen Design und einer hochwertigen Verarbeitung bringt der NISSAN PULSAR neue Klasse in die Kompaktklasse. Ob AROUND VIEW MONITOR für 360° Rundumsicht⁴ oder NissanConnect Navigationssystem⁵, der PULSAR überzeugt auch in puncto Ausstattung mit Großzügigkeit. Sparsam ist einzig der 1,5-l-Dieselmotor, mit dem Sie auch entferntere Ziele ins Auge fassen können. Steigen Sie ein und machen Sie Ihr Unternehmen noch ein wenig effizienter.

Mehr Informationen auf nissan-fleet.de

NISSAN PULSAR VISIA 1.5 l dCi, 81 kW (110 PS): Kraftstoffverbrauch (l/100 km): innerorts 4,1, außerorts 3,3, kombiniert 3,6; CO₂-Emissionen (g/km): kombiniert 94,0 (Messverfahren gem. EU-Norm); Effizienzklasse A+.

Abb. zeigt Sonderausstattung. ¹Berechnungsbeispiel für das gewerbliche Leasing bei einer Laufzeit von 48 Monaten bis 60.000 km zzgl. Überführung und Zulassung. Für alle bis zum 31.12.2016 abgeschlossenen Verträge bei Zulassung bis zum 15.01.2017 für das oben ausgewiesene Modell. ²Der Technikerservice beinhaltet Wartungskosten und Verschleißreparaturen (gemäß AGB) für die Vertragslaufzeit. Ein Angebot für Gewerbekunden von NISSAN Fleet Services. ³Aussage gültig in Bezug auf die zweite Sitzreihe. ⁴Erst ab Ausstattungsvariante TEKNA. ⁵Optional ab Ausstattungsvariante ACENTA. Ein Angebot für Gewerbekunden von NISSAN Fleet Services, einem Produkt der ALD AutoLeasing D GmbH, Nedderfeld 95, 22529 Hamburg, in Kooperation mit der RCI Banque S.A. Niederlassung Deutschland, Jagenbergstraße 1, 41468 Neuss. Bei allen teilnehmenden NISSAN Händlern. Das Angebot ist gültig für Kleingewerbe mit einem Fuhrpark bis 5 Einheiten sowie Mitglieder eines Verbandes mit Rahmenabkommen mit der NISSAN CENTER EUROPE GMBH über Abrufschein. NISSAN CENTER EUROPE GMBH, Postfach, 50319 Brühl.



Foto: dpa/ picture alliance

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel in schwieriger Wirtschaftsmission in Iran: Spagat zwischen Menschenrechten und Wirtschaftsinteressen

Vorsichtige Annäherung Neue Chancen für deutsche Wirtschaft

Von Günter F. Kohl

Nach der Beilegung des Atomkonflikts mit Iran eröffnen sich für die deutsche Wirtschaft große Chancen, denn es herrscht Aufbruchstimmung in dem Land, das fast fünfmal so groß ist wie die Bundesrepublik und etwa genauso viele Einwohner hat. Gemessen an den Erdöl- und Erdgasreserven, nimmt Iran den zweiten Platz in der Welt ein – Schätze, die gehoben sein wollen. Aber dazu benötigt das Land nach dreieinhalb Jahrzehnten voller Kriege, Konflikte und Wirtschaftsblockaden Hilfe, Kapitalhilfe. Willige Helfer gibt es viele, zurzeit sind die Chinesen als Handelspartner ganz weit vorne, aber die Iraner mögen sie ebenso wenig wie die Amerikaner. Ihr Wunschpartner ist Deutschland. Der Vize-Wirtschaftsminister Khazaei brachte es bei einem Treffen in Teheran auf den Punkt: „Der erste Wirtschaftsminister, der nach dem 2. Weltkrieg Iran besuchte, war Ludwig Erhard, daran wollen wir

anknüpfen.“ Und die deutsche Gesandte Schuegraf ergänzt: „Es gibt kaum ein anderes Land auf der Welt, dessen Bevölkerung uns Deutschen so viel Sympathien entgegenbringt wie Iran.“

Vor den Turbulenzen aus Umsturz, Krieg und Embargo war Deutschland der größte Handelspartner des Landes, derzeit stehen wir auf Platz fünf – mit steigender Tendenz. Michael Tockuss, Chef der Deutsch-Iranischen Handelskammer: „Wir erleben einen Tsunami an Anfragen von Unternehmen, Besuchen von Delegationen, mittlerweile waren auch fast alle deutschen Bundesländer hier, aber die anfängliche Euphorie ist der Ernüchterung gewichen.“ Es wird wohl doch noch einige Zeit dauern, bis Deutsche und Perser miteinander ins große Geschäft kommen. Daran ändern auch 50 von Siemens verkaufte Lokomotiven und 17 von Airbus zu liefernde Flugzeuge nichts. Aber im Hintergrund lauern jene 1.000 Milliarden Dollar, auf die Experten den aktuellen Investitionsbedarf Irans in den kommenden fünf Jahren schätzen.

Verbindendes und Trennendes

Die Finanzmittel sind in Form von Erdgas und Erdöl ebenso vorhanden wie die Bereitschaft der Iraner, diese Geschäfte zu machen, vor allem im Bereich der Anlageneinvestitionen, des Maschinenbaus, der Förderindustrie und besonders der Infrastruktur. Händeringend werden Direktinvestitionen und Joint Ventures gesucht. Aber die Hürden sind für westliche Länder noch hoch.

Da sind zum einen die Menschenrechtsverstöße, die Iran vorgeworfen werden, zum anderen die unrühmliche Rolle des Landes im Syrien-Konflikt und ausdrücklich die Nichtanerkennung des Existenzrechts Israels. „Wir müssen den Dialog über wirtschaftliche Beziehungen führen, aber stets auch einen moralischen über Menschenrechte, Abrüstung und solche Themen. Wir müssen über das Verbindende und Trennende sprechen“, definiert Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel diesen Spagat. Und weiter: „Was der Iran jetzt braucht, ist, dass sein Schritt, den er gemacht hat bei dem Abschluss des Nuklear-Vertrages, dass das auch dazu führt, dass das Leben der Menschen im Land besser wird. Sonst verliert die Regierung die Unterstützung bei den Menschen. Und die Alternative zu der jetzigen Regierung ist eine Rückkehr in Zeiten großer Konfrontationen. Und deswegen ist es unser Interesse, die wirtschaftlichen Beziehungen auszubauen. Schließlich sind wir eine Exportnation.“

Ein großes Hemmnis beim Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen sind auch die fortbestehenden Sanktionen der Amerikaner, die Unternehmen und deutsche Banken zögern lassen, Iran-Geschäfte einzugehen oder zu finanzieren aus Furcht vor Sanktionen in den USA. Bei näherer Betrachtung kommen damit auch jenen, die dem TTIP-Abkommen noch wohlmeinend gegenüberstehen, starke Zweifel an der Redlichkeit der amerikanischen Partner.

Chancen für Mittelständler?

Wenn man den iranischen Offiziellen zu-

hört und mit den vielen Europäern, Unternehmern, Beratern, Anwälten, Diplomaten, die ständig vor Ort sind, spricht, gewinnt man Vertrauen in die Ernsthaftigkeit der iranischen Politik. Beispielsweise hat das Land sämtliche Schulden in Deutschland beglichen, was auf deutscher Seite den Weg für Hermes-Bürgschaften freimachte.

Fazit:

Es ist sicher klug und richtig, dass Sigmar Gabriel sehr früh und beharrlich den Kontakt zu Iran gesucht und auch, getragen von der deutschen Unternehmerschaft, den Dialog zu diesem traditionellen Wirtschaftspartner aufgenommen hat, denn andere Länder sind nicht zögerlich. Was zunächst ansteht, sind Großinvestitionen und Maßnahmen, die die Iraner spüren lassen, dass es aufwärts geht. Bislang ist dies nicht der Fall, aber es ist wichtig, die reformerischen, liberalen Strömungen in Iran zu stärken

und damit auch die Voraussetzungen für deutsche wirtschaftliche Engagements zu schaffen.

Flankierend zum Engagement der „big player“ bestehen durchaus auch Chancen für deutsche Mittelständler. Es hat zum Beispiel einmal eine deutsche Berufsschule in Teheran gegeben. Die Erinnerung an die weltweit gelobte duale Ausbildung daran ist lebendig. Es gab und gibt einen regen wissenschaftlichen Austausch zwischen beiden Ländern, und die technisch-universitäre Ausbildung in

Iran genießt einen hervorragenden Ruf. Viele Dinge laufen noch nicht rund, aber die Zeichen stehen auf Öffnung, Iran möchte sich „Made in Germany“ ins Land holen.



Lieber Mittelstand, reduzieren Sie jetzt Ihre Kosten beim Briefversand.



Ganz einfach nur ein Klick und der Postbote stellt zu!

Profitieren Sie jetzt durch den digitalen Rechnungsversand von Deutsche Post.

- Weniger Porto- und Materialkosten sparen Ihnen bares Geld
- Kein Ausdrucken, Kuvertieren und Frankieren
- Briefzustellung per Postboten verbessert Ihren Zahlungseingang
- Rechnungen landen im Briefkasten und nicht im Spam-Ordner

Bis zu 35% Kostenersparnis!*
Jetzt unter epost.de/SPARPOST
informieren und Termin vereinbaren

* Das Einsparpotenzial ist abhängig von verschiedenen Faktoren wie z.B. Material-, Prozess- und Portokosten. Wie hoch Ihr individuelles Einsparpotenzial ist, erfahren Sie unter epost.de/sparpost

„Wir Letten glauben fest an die Kräfte des Marktes“

Interview mit der lettischen EU-Abgeordneten Inese Vaidere

Man sagt, dass die noch jungen baltischen Staaten die Motoren für marktwirtschaftliches Denken in der EU sind...?

Inese Vaidere: Das ist definitiv so. In der Tat gelten heute die baltischen Staaten als Motor und Antriebskraft der Marktwirtschaft in Europa. Was nahe liegt, denn durch die geografische Lage meines Landes zwischen Ost und West hat es bis 1991 viele Jahrzehnte seiner Geschichte unter dem Joch anderer Länder gelitten. Daraus haben die Balten die richtigen Konsequenzen gezogen und nur Parteien gewählt, die für Marktwirtschaft und Wettbewerb eintreten. Im Parlament Lettlands gibt es weder Sozialisten noch Sozialdemokraten. Wir Letten glauben fest an die Kräfte des Marktes, des Unternehmertums und des Wachstums als Grundlage für unseren Wohlstand.

Wie steht es mit dem Mittelstand in Lettland?

Vaidere: Mittelständische Unternehmen (SME) sind sehr wichtig für unser Land und haben einen Anteil von 99 Prozent an der Wirtschaft. Ihre Bedeutung als Arbeitgeber auf dem privaten Sektor nimmt stark zu, wobei natürlich die meisten dieser Unternehmen noch als „Kleinstfirmen“ einzustufen sind. Die globale Rezession hat uns seinerzeit hart getroffen, doch geht es seitdem wieder aufwärts, weil Unternehmensgründer in unserem Land hervorragende Startbedingungen finden. Bei den Start-ups sind wir in der europäischen Spitzengruppe, vor allem im IT-Bereich. Ich würde mir allerdings mehr Direktinvestitionen in Lettland und eine größere internationale Kooperation wünschen. Auch

müssen wir in Europa jungen Unternehmen den Zugang zum Kapitalmarkt weiter erleichtern.

Sie sind Wirtschaftsprofessorin und kennen Deutschland sehr gut. Gibt es etwas, das sich für Ihr Land zu kopieren lohnt?

Vaidere: Schon in der 80er Jahren, als ich meine Dissertation über die „Regionale Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland“ geschrieben habe und später, in den 90ern während meiner Studien am Institut für Weltwirtschaft in Kiel, habe ich Ideen für die Wirtschaftspolitik meines Landes entwickelt.



Prof. Inese Vaidere studierte Wirtschaftsmathematik an der Universität Lettlands. Ab 1975 war sie dort als Assistentin, Lehrbeauftragte, Dozentin und Professorin tätig. 1992 folgte ihre Promotion, später wurde sie Professorin für Wirtschaftswissenschaften. Von 1993 bis 1995 war Vaidere erste stellvertretende Chefredakteurin der Zeitschrift Labrīt. Danach war sie Mitarbeiterin im Amt für verbrauchersteuerepflichtige Waren und parlamentarische Staatssekretärin im lettischen Wirtschaftsministerium. 1998 wurde sie Umweltministerin und ein Jahr später Beraterin der lettischen Präsidentin Vaira Vīķe-Freiberga. Von 2001 bis 2002 war sie stellvertretende Bürgermeisterin der Hauptstadt Riga. Seit 2004 gehört sie dem Europäischen Parlament als Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP). Sie gehört zu jenen 89 europäischen Politikern, gegen die Russland im Mai 2015 ein Einreiseverbot verhängt hat.

Heute trifft das deutsche Modell der Sozialen Marktwirtschaft in Lettland auf große Zustimmung. Wir sind fest davon überzeugt, dass es uns nicht nur wirtschaftlich voranbringt, sondern auch noch bestehende soziale Ungleichheiten beseitigt. Deutsche wie Letten sind gewohnt, hart zu arbeiten, ihre Pflichten zu erfüllen und nicht über ihre Verhältnisse zu leben.

Als ehemalige Umweltministerin bin ich beeindruckt von den deutschen Leistungen und Anstrengungen zum Schutz der Umwelt. Der sorgsame Umgang mit den Ressourcen, die Luftreinhaltung oder die Müllentsorgung sind in deutschen und lettischen Städten zu beobachten. Im Gegensatz zu manchem anderen Land in der EU sind unsere Städte und Dörfer sehr sauber.

Viel lernen können wir von Deutschland sicherlich auch in Sachen Forschung und Entwicklung, schulischer und universitärer Bildung und dualer Ausbildung.

Wie stehen Sie zu der Idee des „Europa der 2 Geschwindigkeiten“?

Vaidere: Die EU sollte nicht in verschiedene Ländergruppen aufgeteilt werden. Stattdessen sollte der Aufholprozess für jene Länder beschleunigt fortgesetzt werden, die wirtschaftlich hinterher hinken. Europa kann es sich nicht leisten, jene Länder zurückzulassen, die mit ihrem Bruttosozialprodukt unter dem EU-Durchschnitt liegen. Ich hoffe, dass der Fokus weiterhin darauf liegt, die wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten in der EU zu beseitigen.

Die Fragen stellte Günter F. Kohl

Leserbrief **Zu: Kolumne „Es sind die Inhalte“, Ausgabe 10-2016**

Es gibt keine Ausgabe des MIT-Magazins in den letzten Monaten, wo nicht direkt oder indirekt die Frage gestellt worden wäre: „CDU QUO VADIS?“ In der Ausgabe Nr.10 wird aufgrund der katastrophalen Wahlergebnisse dieses Thema gleich dreimal aufgegriffen. Dr. Linnemann hat es eigentlich deutlich gesagt: „Die Klientel der CDU, die vorwiegend in den vergangenen Jahrzehnten für das ‚Wirtschaftswunder‘ verantwortlich war, fühlt sich nicht mehr durch die CDU vertreten.“

Frau Merkel hat alle wirklich selbstständig denkenden Köpfe aus dieser Partei vertrieben. Paradebeispiel: „Herr MERZ“. Köpfe also, die eigene Ideen eingebracht haben und in der Lage waren, diese auch durchzusetzen. Es fällt vielen schwer, diese Politik noch zu vertreten. ^

Der Kolumnist Hugo Müller-Vogg ist auch der Überzeugung, dass die AfD nicht so schnell verschwinden wird. Recht hat er. Wenn er u.a. vermerkt, dass die AfD ge-

rade in der Familien- und Steuerpolitik alte CDU-Positionen übernommen hat, dann müsste die CDU dies doch eigentlich begrüßen. Was wollen Sie denn als Wähler machen, wenn ihre Partei diese für sie wichtigen Positionen über Bord geworfen hat? Ist der Wähler nicht berechtigt und zeigt seine Mündigkeit, wenn er sein „Kreuzchen“ dort einträgt, wo er sich noch vertreten fühlt? Wenn nun unisono die CDU einen evtl. zukünftigen Koalitionspartner ausklammert und damit für die Zukunft evtl. notwendige Koalitionen ausschließt, ist das klug? Die AfD ist eine zugelassene Partei. Dass es Differenzen in Details gibt, gehört doch zur Normalität! Machen Sie nicht den Fehler, alle AfD-Wähler in die „rechte Ecke“ zu stellen. Das Zitat von Peter Tauber passt zu ihm! Typischer Repräsentant dieser CDU. Wer braucht sich da noch über mangelnde Zustimmung zu wundern?

Ein weiterer Punkt der zu der Frage „QUO VADIS CDU?“ sollte nicht übersehen wer-

den. Die CDU hat als 1. Buchstaben ein „C“! Zur Info: d. h. Christlich! Für den Christen spielt z. B. die Familie eine große Rolle. Typisch für diese CDU ist, dass als „Familienministerin“ eine Frau berufen wurde, die staatliche Erziehung gelernt hat und, wie in der DDR, dies auch nun für ganz Deutschland als Ideal sieht

Herrn Kohl als Chefredakteur möchte ich ein Kompliment machen. Die Überschrift hat den Nagel auf den Kopf getroffen. Warum Wählerverluste der CDU? „Es sind die Inhalte – stupid!“ Diese wurden ja dann auch im Text begründet. Hoffentlich wird sich bis zur nächsten Wahl etwas ändern. Wenn dies nicht der Fall ist, dann kenne ich eine ganze Anzahl CDU-Wähler, die diese Partei nicht mehr als wählbar betrachten. Oder ist die CDU stolz darauf sich als „linkspopulistisch“ bezeichnen zu können?

Kurt Hottinger
63225 Langen

Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift, behält sich aber verständlicherweise Kürzungen vor. Dass es sich bei Leserbriefen um Meinungsäußerungen der jeweiligen Verfasser handelt und diese nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wiedergeben, versteht sich am Rande.

leserbriefe@mitmagazin.com

ANZEIGE



Das schönste Geschenk

Alle Jahre wieder: Weinflaschen, Kalender und weitere „Aufmerksamkeiten“. So gut weihnachtliche Firmenpräsente gemeint sein mögen – wer braucht sie eigentlich wirklich?



Diese Frage stellten sich auch die Verantwortlichen der RECA NORM GmbH aus Kupferzell. „Wir haben uns vor drei Jahren entschieden, auf Kundengeschenke an Weihnachten zu verzichten und dieses Budget stattdessen einem guten Zweck sinnstiftend zur Verfügung zu stellen.“ (Svenja Schoenberg Projektverantwortliche bei RECA NORM). Seitdem unterstützt das Direktvertriebsunternehmen SOS-Kinderdorf jährlich in Form einer großzügigen Weihnachtsspende. Dadurch wurde es unter anderem möglich, im SOS-Dorfgemeinschaftshaus Hohenroth die Schlosserei zu modernisieren und die Wohnbereiche mit barrierefreien Bädern auszustatten. Das bedeutet: direkte Hilfe, die wirkt.

Ein Gewinn für alle Seiten

Auch 2016 können Unternehmen bei der Aktion „Spenden statt Schenken“ verschiedenste Projekte fördern: von dringend notwendigen Sanierungen in den regionalen SOS-Kinderdörfern deutschlandweit bis hin zu Bildungsprojekten – auch im Ausland. Ebenso vielfältig sind die Vorteile, die sich aus einer Zusammenarbeit mit SOS-Kinderdorf ergeben. Dank umfangreichem

Kommunikationsmaterial – von Bildern über Banner bis hin zum Partner-Signet – haben Sie die Gelegenheit, Ihr Engagement in die Öffentlichkeit zu tragen.

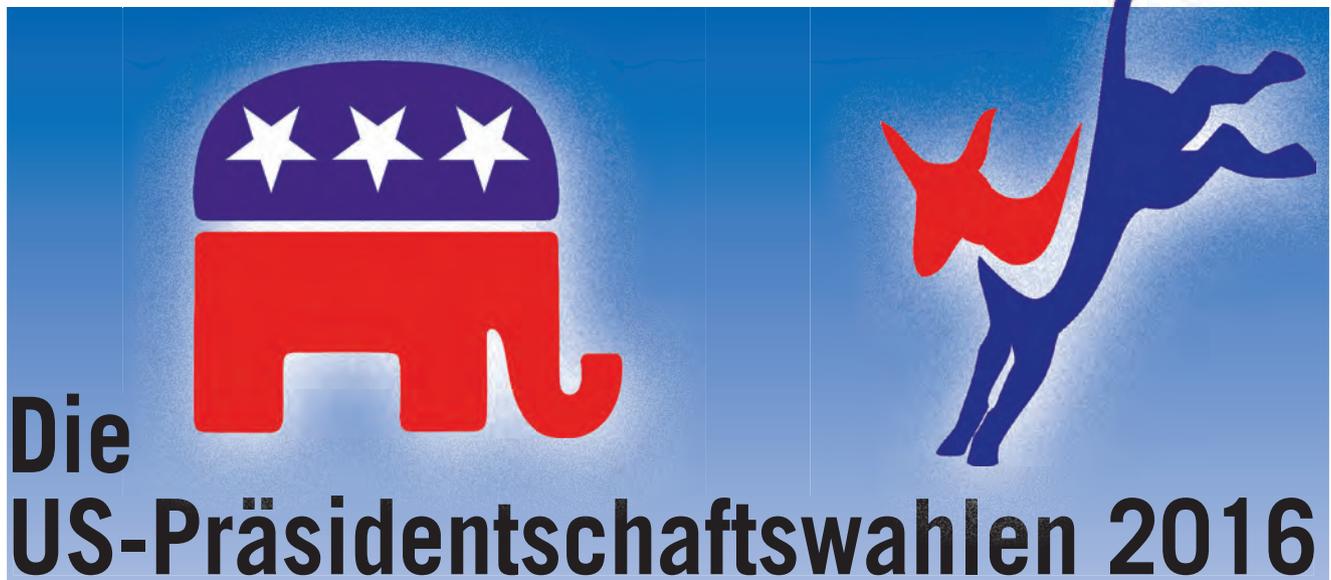
Folgen Sie daher in diesem Jahr dem Beispiel von RECA NORM sowie zahlreichen anderen Unternehmen – und machen Sie Kindern weltweit gemeinsam mit SOS-Kinderdorf ein unbezahlbares Geschenk: Freude.

Sie möchten mit Ihrem Unternehmen die Arbeit von SOS-Kinderdorf unterstützen? Wir beraten Sie gerne:



**Team
Unternehmens-
kooperationen
SOS-Kinderdorf e.V.**

Telefon: 089 12606-288
unternehmen-helfen@sos-kinderdorf.de
www.sos-kinderdorf.de/unternehmen



Die US-Präsidentschaftswahlen 2016

Am 8. November endet in den USA der härteste Präsidentschaftswahlkampf aller Zeiten. Mit Donald Trump und Hillary Clinton treten die beiden unbeliebtesten Kandidaten der Geschichte gegeneinander an. Wie funktioniert das US-Wahl-system? Welche Macht haben Senat und Kongress und wofür stehen die Kandidaten?

Wie läuft der Wahntag ab?

Die US-Präsidentschaftswahl findet seit 1845 alle vier Jahre am ersten Dienstag nach dem ersten Montag im November statt. Das ist diesmal der 8. November 2016. In einigen Bundesstaaten sind die Bürger am Wahntag von der Arbeit befreit, anderswo gibt es einige Stunden frei. Wie in Deutschland gibt es auch in den USA die Möglichkeit zur Briefwahl. In mittlerweile 38 der 50 Staaten ist zudem das „Early Voting“ erlaubt: Vielerorts öffneten die Wahllokale also schon weit vor dem eigentlichen Wahltermin.

Wie sieht der weitere Zeitplan aus?

Seit 1933 wird der neue Präsident jeweils am 20. Januar nach dem Wahntag um 12 Uhr vereidigt. Meist erfolgt die Prozedur auf den Stufen des Kapitols in Washington D.C. Die Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses sind dann schon im Amt, nämlich seit dem 3. Januar um 12 Uhr. Doch auch wenn der Präsident noch nicht vereidigt ist, stellt er ab seiner Wahl bereits sein Kabinett, seine Berater und Behördenchefs zusammen. Barack Obama wird also bis zum 20. Januar formal im Amt sein, jedoch nur noch repräsentative Termine wahrnehmen.

Wer wählt den Präsidenten?

Der US-Präsident wird nicht direkt von den Bürgern gewählt. Stattdessen wählen sie Wahlmänner und -frauen für das „Electoral College“. Dieses Gremium besteht aus 538 Mitgliedern. Das Electoral College wählt am Montag nach dem zweiten Mittwoch

im Dezember, also diesmal am 19. Dezember, den Präsidenten und Vizepräsidenten. Die Zahl der Wahlmänner variiert in den Bundesländern je nach Bevölkerungsstärke: Kalifornien etwa hat 55, das kleine North Dakota nur drei. Im Gegensatz zu Deutschland erhalten US-Bürger keine automatische Wahlbenachrichtigung nach Hause, sondern müssen sich bis zu einem bestimmten Termin registrieren lassen. Die Wahlbeteiligung lag bei den letzten Präsidentschaftswahlen bei rund 50 Prozent.

Das Mehrheitswahlrecht

In fast allen Staaten gilt der Grundsatz, dass alle Wahlmännerstimmen an den Präsidentschaftskandidaten gehen, der die meisten Stimmen erhalten hat („Winner takes all“). Somit könnte auch ein Kandidat Präsident werden, der absolut gesehen gar nicht die Mehrheit der Wähler hinter sich hat.

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 14

O₂
Business

Mit O₂ Free[®] Business geht Ihnen beim mobilen Arbeiten nie wieder die Luft aus*

Jetzt bestimmen Sie selbst, wo Ihr Büro ist. Denn unsere neuen Tarife befreien Sie von jeglicher Sorge um Ihr Datenvolumen.

o2business.de/free
Hotline: 0800 130 1111

EINE *Telefonica* BUSINESS-LÖSUNG

Einfach mehr unternehmen.

Telefónica Germany GmbH & Co. OHG, Georg-Brauchle-Ring 23–25, 80992 München

*Mit O₂ Free Business kann nach Verbrauch des Highspeed-Datenvolumens unendlich im O₂ 2G/GSM- und 3G/UMTS-Netz mit bis zu 1.000 kBit/s (im Durchschnitt 994 kBit/s) weitergesurft werden (HD-Video-Streaming und Internetanwendungen mit ähnlich hohen oder höheren Bandbreitenanforderungen nicht uneingeschränkt möglich; Upload bis zu 1.000 kBit/s, im Durchschnitt 945 kBit/s). Zum Beispiel mit dem O₂ Free Business M für mtl. 30 € 24 Monate Mindestvertragslaufzeit. Einmaliger Anschlusspreis 21,50 €. Nationale Gespräche (außer Sonderrufnummern, Rufumleitungen) und SMS in alle deutschen Fest- und Mobilfunknetze sowie 3 GB Highspeed-Datenvolumen für mobiles Surfen mit bis zu 225 MBit/s (im Durchschnitt 13,0 MBit/s; Upload bis zu 32 MBit/s, im Durchschnitt 8,6 MBit/s) im deutschen O₂ Mobilfunknetz pro Abrechnungsmonat enthalten.

Das Zweikammersystem

Die oberste Gesetzgebungsin- stanz – vergleichbar etwa dem Deutschen Bundestag – ist in den USA der Kongress. Er be- steht aus dem Senat, in dem aus jedem Bundesstaat zwei Ab- geordnete sitzen und dem Re- präsentantenhaus, das sich aus 435 Abgeordneten aus allen Wahlbezirken des Landes zu- sammensetzt. Das alleinige Ini- tiativrecht für Haushalts- und Steuergesetze liegt beim Reprä- sentantenhaus. Parallel zu den Präsidentschaftswahlen stehen am 8. November auch ein Drit- tel der 100 Senatssitze zur Ab- stimmung, außerdem wird, wie alle zwei Jahre, das Repräsen- tantenhaus komplett neu be- setzt. Da der Senat über alle Bundesgesetze entscheiden muss, kann eine Partei phasen- weise die Gesetzesinitiativen des Präsidenten blockieren, so- fern sie über eine Mehrheit ver- fügt. Alle zwei Jahre wird ein Drittel der Senatoren neu ge- wählt.

Was ist ein Swing State?

In den „Swing States“, auch „Battleground States“ genannt, entscheiden sich die Präsiden- tenwahlen. Dabei handelt es sich um diejenigen Bundesstaaten, in denen weder Demokraten noch Republikaner mit einer großen strukturellen Mehrheit rechnen können. In diesem Jahr gehört zum Beispiel Florida mit seinen wichtigen 29 Wahlmännern, zu den heiß umkämpften Swing States. Seit den 1960er Jahren sind die südlichen Bundesstaa- ten wie Texas oder Oklahoma, genau wie viele der ländlichen Staaten des mittleren Westens

fest in republikanischer Hand. Die Demokraten können sich auf planbare Mehrheiten in den liberaleren Staaten der Ost- und Westküste verlassen.

Wozu Vorwahlen?

Zur Festlegung eines Präsident- schaftskandidaten halten die beiden großen Parteien Vor- wahlen ab. Das soll die Trans-parenz und die Beteiligung der Bürger erhöhen. In einigen Staaten finden die Vorwahlen als „Primaries“, in anderen als „Caucus“ statt. Bei den Prima- ries stimmen registrierte Wähler (meist geheim) direkt darüber ab, für wen die Delegierten ihres Staates später auf dem großen Parteitag stimmen sollen. Beim Caucus wählen die Wahlberech- tigten (meist offen) auf lokaler Ebene Vor-Delegierte, die dann wiederum die finalen Delegier- ten für den nationalen Parteitag bestimmen. Die Vorwahlen fan- den von Februar bis Juni statt. Als Sieger gingen Hillary Clin- ton (Demokraten) und Donald Trump (Republikaner) hervor, sie wurden später auf Parteita- gen von den Delegierten offiziell nominiert.

Wer steht noch zur Wahl?

Neben Trump und Clinton tre- ten weitere Präsidentschaftsbe- werber an, deren Kandidaturen jedoch als aussichtslos gelten. Für die Libertäre Partei tritt Gary E. Johnson an, für die Grüne Partei Jill Stein, für die Constitution Party (Religiöse Rechte) Darrell Castle und als Unabhängiger Evan McMullin.

*Hubertus Struck,
Maximilian Witte*

Leserbrief

Zu „Es sind die Inhalte“ in Nr. 10-2016

Für materiell und zeitgeistunabhängige MIT-CDU- Mitglieder, die dank guter Lehrer aus der Vor-Ge- samtschulzeit fachlich-/beruflich, wodurch auch immer, zu „Spezialisten für allgemeinen Überblick“ wurden und gleichzeitig sich für Politik, Massenme- dien, Ethik und Psychologie interessierten mit dem Hobby, immer weiter dazuzulernen, war die Seite 34 der letzten MIT-Magazin-Ausgabe die einzige politisch ermutigende.

Denn dem, was Herr Kohl dort über die Ursachen der CDU-Wählerverluste an die AfD analysiert, ist einschränkungslos zuzustimmen: Die sich immer weiter von Grundgesetz und CDU-Grundsätzen entfernenden Politik-Inhalte haben einen Umfang erreicht, den die Wähler durchaus kapieren, aber eben nicht für richtig halten.

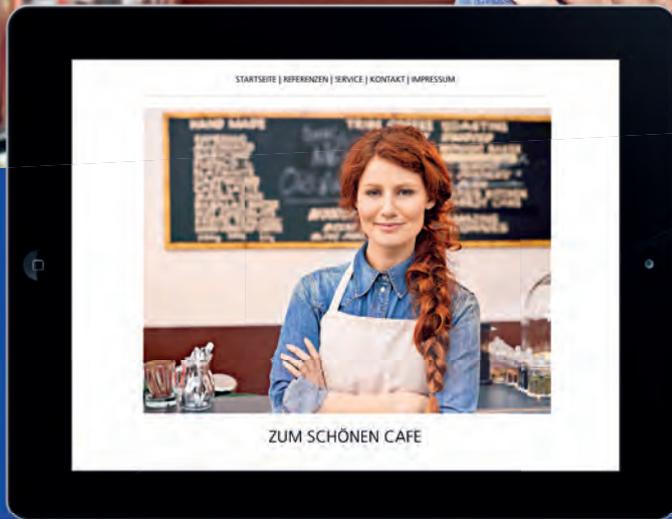
Zum Beispiel ist die Energiewende nicht nur unvoll- kommen geplant oder falsch gemanagt, sondern schlicht

- vom Hauptziel (CO₂-Reduzierung durch Ab- schaffung der CO₂-freien Kernenergie) her unsinnig, zumal real unabhängige Wissen- schaftler die Klimaerwärmung immer weniger als menschengemacht erkennen, sondern auf Veränderungen des Verhaltens der Sonne zu- rückführen,
- unüberlegt, weil die für wind- und sonnenlose Zeiten nötigen Speicher (wenn Bürger-initia- tiven ihren Bau denn zuließen) mit fast zwei Bil- lionen Euro Baukosten und mehr als zwei bis drei Jahrzehnten Bauzeit nicht machbar sind, zumindest nicht rechtzeitig,
- umweltzerstörend (Windparks gegen Land- schaft, Fledermäuse, Rotmilan u. a. und sogar in Wäldern; Mais-Monokulturen, altstadtbild- störende Solarzellendächer),
- gegen die Ethik einer christlichen Partei, in- dem kapitalarme Bürger über die EEG-Umlage den Reichen die hohen Renditen von Wind- parks und Dachsolarzellen finanzieren und Normalbürger über Steuern Superreiche mit E- Auto-Zuschüssen beschenken (Geld von unten nach oben),
- anmaßend, es besser wissen zu wollen als das Ausland.

Prof. Dr.-Ing. Jürgen Vollradt
Frankfurter Str. 12
59245 Unna

Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift, behält sich aber verständlicherweise Kürzungen vor. Dass es sich bei Leserbriefen um Meinungsäußerungen der jeweiligen Verfasser handelt und diese nicht notwen- digerweise die Meinung der Redaktion wiedergeben, versteht sich am Rande.

PROFESSIONELLE WEBSITES EINFACH SELBST ERSTELLEN.



1&1 MY WEBSITE

ab **0,99** €/Monat*

Wählen Sie aus branchenspezifischen Designs und erstellen Sie mit 1&1 MyWebsite Ihren professionellen Web-Auftritt.

- ✓ Ohne Vorkenntnisse
- ✓ Für alle Branchen
- ✓ Domain inklusive



DE: 02602/96 91
AT: 0800/100 668



1und1.info

*Kündigung im ersten Monat jederzeit möglich. Preisvorteil bei 12 Monaten Vertragsbindung, z. B. das Basic-Paket bei 12 Monaten Mindestvertragslaufzeit nur 0,99 €/Monat inkl. MwSt., danach 9,99 €/Monat inkl. MwSt. Keine Bereitstellungsgebühr.
1&1 Internet SE, Elgendorfer Straße 57, 56410 Montabaur

EU-Check

**Irrwitzige Verordnung
oder sinnvolle Richtlinie?
In dieser Rubrik bewerten
unsere EU-Experten des
PKM Europe regelmäßig
neue EU-Vorhaben**



„Schwarze Liste“ gegen die Schwarzen Peter

Die Europäische Kommission arbeitet zurzeit mit Hochdruck an der Erstellung einer ersten gemeinsamen EU-Liste nicht kooperativer Steuerstaaten. Bis Ende 2017 soll diese Liste finalisiert werden. Zu diesem Zweck hat die Kommission nun als ersten Schritt ein sogenanntes Scoreboard vorgelegt. Dabei handelt es sich um eine Tabelle mit Indikatoren, anhand derer sich bestimmen lässt, wie hoch das mögliche Risikolevel der Steuervermeidung in bestimmten Drittländern ist. Der Ball liegt nun bei den Mitgliedstaaten, die in dem nächsten Schritt entscheiden, welche Länder

offiziell überprüft werden sollen. Die Steueroasen an den Pranger zu stellen ist ein erster Schritt, von vielen, die noch folgen müssen, um gleiche Bedingungen für KMU und multinationale Unternehmen zu schaffen.

Urheberrechtspaket auf falschem Fuß gestartet

Mit dem Ziel, Journalisten und Verlagen mehr Rechte einzuräumen, hatte die EU-Kommission ihr Urheberrechtspaket angekündigt. Zum einen sollen Onlinedienste wie Google oder Facebook künftig für die Verwendung von Verlagsinhalten zahlen. Eine faire Vergütung für Urheber, die online ihre Werke verbreiten, ist zu begrüßen. Jedoch plant die Kommission zum anderen eine unverhältnismäßige Regulierung vom so genannten „Text- und Data-Mining“. Hierbei handelt es sich um eine Datenanalyse, die versucht, bestimmte Muster und Zusammenhänge herauszufiltern. Die Erlaubnis sämtlicher Urheber bei großen Datenanalysen zu ersuchen, erscheint in der Praxis unmöglich. Unternehmen, deren Geschäftsmodell auf der Analyse von großen Datenströmen basiert, wären so nur bedingt wettbewerbsfähig. Dies könnte besonders digital-intensiven Startups zum Verhängnis werden.



Die Jury



Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe

Jahrestage für November 2016

Mit dieser Chronik will das Mittelstands-Magazin an wertvolle Ereignisse, Geburts- und Gedenktage aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erinnern, die in diesem Monat „runden“.

05.11.



1816: Erste Bundesversammlung des Deutschen Bundes im Palais Thurn und Taxis in Frankfurt am Main (vor 200 Jahren)

05.11.

1986: Für deutsche Internet-Adressen wird die Länderkennung „.de“ eingeführt (vor 30 Jahren)

10.11.

1976: Bundestag verabschiedet endgültig Datenschutzgesetz (vor 40 Jahren)

14.11.

1991: Der Bundestag verabschiedet das Stasiunterlagengesetz (vor 25 Jahren)

17.11.



1966: Gründung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung - UNIDO (vor 50 Jahren)

28.11.

1946: Württemberg-Baden erhält als erstes deutsches Land nach dem Zweiten Weltkrieg eine Verfassung (vor 70 Jahren)

30.11.



1966: Rücktritt von Bundeskanzler Ludwig Erhard (vor 50 Jahren)

Fotonachweise:
Fotos: Bundesarchiv/E. Reineke

Wie Unternehmer ihren Betrieb richtig versichern

Feuer, Unfälle, Klagen – die Gefahren für ein Unternehmen sind so vielfältig wie das (Geschäfts-)Leben. Dementsprechend gibt es heute eine kaum mehr überschaubare Vielzahl an Policen zur Absicherung der unternehmerischen Tätigkeit und es wird für Unternehmer immer schwerer, den Überblick zu behalten. Worauf sollten also Unternehmer achten, um ihren Betrieb bedarfsgerecht zu versichern.

Ein Brand zerstört das Warenlager eines Möbelhändlers, eine mittelständische Käserei muss wegen Salmonellenbefall ihren Betrieb vorübergehend schließen und sämtliche Rohstoffe und Waren vernichten, ein Elektriker bohrt bei der Installation von Steckdosen eine Wasserleitung an – ein kurzer Blick in die Medien zeigt: Unternehmern drohen alltäglich größere und kleinere Katastrophen. Neben allgemeinen Gefahren wie Feuer, Sturm

Versicherungsfall: Zum Beispiel eine mittelständische Käserei muss wegen Salmonellenbefalls ihren Betrieb vorübergehend schließen

und Hagel oder Einbruchdiebstahl gibt es branchenspezifische Besonderheiten, die ganz spezielle Anforderungen an den Versicherungsschutz stellen.

Wert- und Risikoanalyse

Auf die Frage nach dem erforderlichen Umfang des Versicherungsschutzes gibt es keine pauschale Antwort. Dieser ist von zahlreichen Faktoren wie der Art der betrieblichen Tätigkeit, der Anzahl der Mitarbeiter oder dem Jahresumsatz abhängig. Um den individuellen Versicherungsbedarf zu ermitteln, sollte zunächst eine genaue Risikoanalyse durchgeführt werden. Eine Wertanalyse ermittelt zusätzlich den exakten Versicherungswert der Betriebseinrichtung. Aus diesen Daten lassen sich dann ein maßgeschneiderter Versicherungsschutz und passende Schadenersatzleistungen ableiten.



wachsen MIT DER IBB

Aus Investition wird Expansion.

IBB für Unternehmen: Die Mittelstandsförderer in Berlin.

Ihr Unternehmen soll weiter wachsen – wir haben das Förderprogramm. Mit einem maßgeschneiderten Finanzierungsangebot unterstützen wir Sie dabei, Ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und Ihre Wachstumsziele zu erreichen. Sprechen Sie mit uns!

Telefon: 030 / 2125-4747
E-Mail: wachsen@ibb.de
www.ibb.de/wachsen

 Investitionsbank
Berlin

Leistung für Berlin.



US-Handelsriese hängt alle ab Warum es kein ,deutsches Amazon‘ geben wird

Die Nachricht zum Herbstanfang überraschte kaum jemanden, dabei war sie sensationell: Mit rund 19,3 Milliarden Euro hat der Online-Gigant Amazon seinen Gesamtumsatz in Deutschland 2015 binnen fünf Jahren nahezu verdoppelt. Einmal mehr war die von Jeff Bezos 1995 gegründete Handelsplattform unangefochtene Nummer eins des Onlinehandels. Wo sind eigentlich die Mitbewerber abgeblieben?

Deutschland in den frühen 1960ern: Caterina Valente trällert im Radio, Heinz Erhardt ulkt in den Kinos. Zehntausende finden bei den großen deutschen Versandhäusern sichere Arbeitsplätze, weil Millionen Menschen schon damals fernbestellen. Zu einer Zeit also, in der ein gewisser Jeffrey Bezos noch die River Oaks Grundschule in Houston/Texas besucht, wurde in Deutschland jede noch so ambitionierte Versandhandelsidee längst auf den Weg gebracht. In kürzester Zeit entstanden wahre Konzerne: Neckermann, Quelle, Bader, Schöpflin, Otto, Klingel, Baur, Witt Weiden, dazu Bestell- und Abo-Bücherdienste, wie der des Bertelsmann-Clubs – der Versandhandel erfreute sich größter Beliebtheit. Hinzu gesellte sich in jenen Tagen eine unüberschaubare Anzahl an gigantisch großen Warenhäusern, in denen nicht selten mehr als eine halbe Million einzelne Artikel angeboten wurden. Kaufhof, Karstadt oder Hertie prägten die Nachkriegs-Architektur in deutschen Innenstädten, teilweise bis heute.

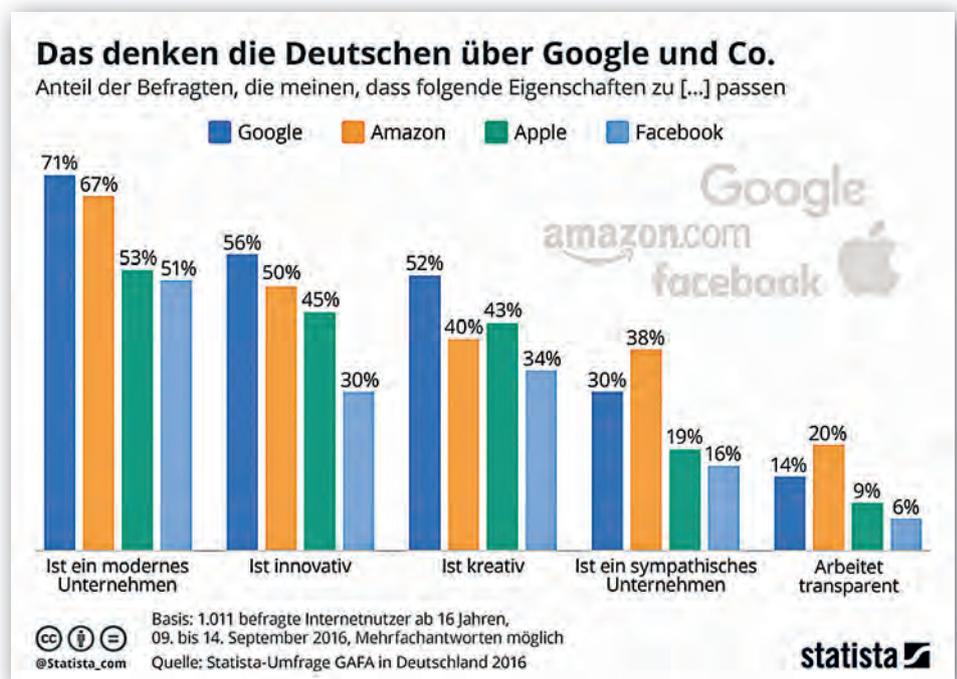
Dann kam besagtem Bezos im Jahr seines 30. Geburtstags die Idee zu einem elektronischen Buchversand. Sie muss in den Chefetagen deutscher Handelsriesen wie der schlechte Scherz eines naiven Hinterwäldlers geklungen haben, sofern man ihr überhaupt Gehör geschenkt hatte. Bezos studierte Elektrotechnik und Informatik, hatte mit Handel und Verkauf nichts am Hut. Er hätte scheitern müssen, bevor er überhaupt anfing. Doch es kam völlig anders. „Er hat es schnell verstanden, den

Kunden in den Mittelpunkt zu stellen und die Vorteile des Onlinehandels sehr stark herauszukristallisieren“, sagt Startup-Unternehmer und MIT-Mitglied Finn Hänsel, der selbst die Online-Plattform Zalando in Australien aufgebaut hat. „Der Online-Handel ist für die Kunden vor allem bequem.“ Im Juli 1995 verkaufte Bezos sein erstes Buch online, damals noch mittels einfacher Bestellliste. Im zweiten Monat lag der wöchentliche Umsatz schon bei 20.000 US-Dollar. Im Oktober desselben Jahres ging seine Webseite mit Namen Amazon.com an den Start. 1996 erzielte das Unternehmen einen Umsatz von 15,7 Millionen US-Dollar und erreichte nur ein Jahr später fast das Zehnfache mit 147,8 Millionen Dollar. Jeff Bezos aus New Mexiko sollte in den Folgejahren den gesamten, weltweiten Handel revolutionieren, einfach so im Vorübergehen, mit einer denkbar einfachen Formel: „Wir reiben uns nicht am Mitbewerber auf, sondern fokussieren uns allein auf unseren Kunden. Wir starten bei ihm (und seinen Bedürfnissen) und bewegen uns rückwärts.“

Doch war der Kundenfokus nicht auch das Geheimnis erfolgreicher deutscher Versandhandels-Startups? Mittels einer zwölfseitigen Preisliste gründete Josef Neckermann sein gleichnamiges Unterneh-

men am 1. April 1950. Er wuchs fast noch schneller als Amazon: Ende 1951 waren schon 1.700 Mitarbeiter beschäftigt. Drei Jahre später umfasste das Angebot 300 Katalogseiten und der Umsatz betrug beachtliche 300 Millionen Mark. 1965 waren in der Frankfurter Versandzentrale 3.811 Mitarbeiter beschäftigt, und die Neckermann-Gruppe erreichte erstmals eine Milliarde Mark Umsatz. Bei Mitbewerber Quelle und dessen Gründer Gustav Schickedanz sah es nicht anders aus. 1954 betrug der Umsatz 260 Millionen Mark, 1974 lag er (nach zahlreichen Unternehmenszukaufen) bei 6,4 Milliarden Mark. Zu Spitzenzeiten zählte Quelle in Deutschland mehr als 36000 Mitarbeiter. Dann kam die Ölkrise, und die Versandhandelsriesen gerieten erstmals ins Straucheln.

Unruhige Zeiten kennt auch Bezos. Um die Jahrtausendwende, als an den Börsen die so genannte DotCom-Blase geplatzt war und jene Internet-Pioniere wegzuspülen drohte, die sich eben noch anschickten, die (Wirtschafts-)Welt neu zu erfinden, war auch Jeff Bezos davon betroffen. Das seinerzeit renommierte Investmenthaus Lehman Brothers beschrieb Amazon als „extrem schwach und sich kontinuierlich verschlechternd“. Die Aktie des weltgrößten Internet-Kaufhauses ging daraufhin auf




 The image shows the Amazon logo in a dark blue, sans-serif font. Below the text is a yellow curved arrow that starts under the 'a' and ends under the 'n', pointing to the right. The logo is set against a white background with blue horizontal stripes above and below.

Tauchkurs. Rund 70 Prozent des Firmenwerts waren vernichtet. Völlig zu Unrecht, wie sich später herausstellen sollte. „Amazon zeichnet sich durch eine extreme Kundenzentrierung und – nicht zuletzt durch die Abo-Form „Prime“ – eine sehr starke Kundenbindung aus“, sagt Kai Hudetz, Geschäftsführer des Instituts für Handelsforschung (IFH) Köln. Deshalb sei Amazon „insgesamt eine Marke, die unter Online-Shoppern sehr großes Vertrauen genießt“. Bezos Idee überlebte den Crash.

Neckermann wurde in der Folge der Ölkrise Ende der 1970er-Jahre von Karstadt geschluckt. Es entstand das größte Handelsunternehmen der Bundesrepublik, das sich im Zuge der Wiedervereinigung die Perlen unter den Centrum-Warenhäusern und wenige Jahre später auch die Dependancen des Mitbewerbers Hertie einverleiben sollte. Dann, 1999, fusionierten sie mit Neckermanns einst größtem Konkurrenten, dem Versandhändler Quelle, namentlich zur KarstadtQuelle AG. Quelle setzte zu diesem Zeitpunkt als eines der ersten deutschen Versandhäuser überhaupt auf das Medium Internet, bot online ein deutlich breiteres Sortiment als im Katalog an. Laut einer Studie lag Quelle im Internethandel in Deutschland 2007 noch auf dem dritten Platz, hinter Otto und Amazon. Eine geballtere Kompetenz an stationärem Einzel-, millionenfach erprobtem Versand- und erfolgreich gestartetem Online-Handel gab es in der gesamten westlichen Hemisphäre nicht. Doch es half alles nichts. „Traditionelle Unternehmen sind wie schwere Tanker, die in ihrer eigenen Geschichte oftmals festhängen und daher nicht disruptiv agieren können“, sagt Finn Hänsel. „Als Ama-

zon gestartet ist, hatte es nichts zu verlieren – keine Margen, die es zu halten galt, keine Flächeneffizienz, die es zu nutzen galt, keine existierenden Kunden, die man nicht verstören oder gar verlieren wollte.“

Um im Bild des Tankers zu bleiben: Das „MS KarstadtQuelle“ war von Anbeginn an einer zu schweren See ausgesetzt. 2004 ging der Posten des Kapitäns dann folgenreich an einen Vertrauten der Schickedanz-Erben, Thomas Middelhoff. Wenige Jahre später sollte dieser für Schlagzeilen in eigener Sache sorgen. Middelhoff betrieb die Umbenennung in Arcandor AG, deren Aktienkurs im Verlauf seiner Amtszeit von rund 10 Euro je Aktie (Mai 2005) auf 1,30 Euro im Februar 2009 sank. Am 14. November 2014 lag der Schlusskurs bei nur noch fünf Cent. Die Neckermannhertiekarstadtquelle AG war am Boden. Und bei Amazon jagte inzwischen ein Umsatzrekord den nächsten. Handelsexperte Hudetz sieht bei diesem Erfolg aber weniger das „Glück des Tüchtigen“ als Auslöser: „Bei den stationären Händlern fehlte viel zu lange das Online-Know-how und die Strukturen waren komplett auf Filialen ausgerichtet. Außerdem wurden viel zu geringe Budgets für Onlineaktivitäten bereitgestellt.“ Trotzdem muss doch das Potenzial des eigenen Hauses von innen heraus zu erkennen gewesen sein. Finn Hänsel ist anderer Meinung: „Wenn der Karstadt-Konzern in aller Konsequenz Amazon kopiert hätte, hätten sie vermutlich auch an Umsatz verloren“, glaubt er. Das führe ihn zu der Hypothese, „dass Karstadt nie eine echte Chance hatte.“

Während Karstadt in diesen Tagen noch immer um den Fortbestand seiner Filialen ringt, kündigt Amazon in den Metropol-

regionen Berlin und München für „Prime“-Kunden wieder eine Revolution an, wieder im Vorübergehen. „Die 1h-Lieferung kommt“, steht dort auf Großflächen zu lesen. Deutschlands Amazon-Sprecher Stephan Eichenseher schränkt auf Nachfrage etwas ein: „Es ist allerdings eher die Lieferung in einem planbaren Zwei-Stunden-Fenster, die vom Kunden nachgefragt wird.“ Also wird Amazon langsamer, auf Kundenwunsch. „Wenn Sie so wollen, ja.“ Das Ziel einer Wareneinstellung binnen einer Stunde steht trotzdem im Fokus: So sei die Position des neuen Großlagers am Berliner Ku’damm „sehr gewissenhaft“ nach Logistikwegen und Verkehrsinfrastruktur ausgewählt worden. Man benutze für die Zustellung e-Bikes, weil mit ihnen die Busspur genutzt werden darf, „aber nur mit Zweirädern, nicht mit dem Dreirad“. Das gesamte Amazon-Sortiment „werden wir nicht anbieten können“, sagt Eichenseher, „aber einige tausend der nachgefragtesten Artikel schon.“ Um es sich vorzustellen, solle man bei diesem Service „beispielsweise an das kleine Zwei-Personen-Startup denken, denen eben ein Drucker ausgefallen ist und die schnell einen Ersatz benötigen.“ Mittels der „PrimeNow“-App lassen sich neuerdings auch Lebensmittel über Amazon beziehen – „am Morgen die Brötchen, mittags Sushi, und für den Abend die Grillwurst“, fasst Eichenseher zusammen. Pizza gäbe es auch, „zur Zeit aber nur tiefgekühlt.“ Offensichtlich dauert es nicht mehr allzu lange, bis Amazon für seinen 1h-Lieferservice ein Großlager in einem leerstehenden Kaufhaus eröffnen wird.

Nach den wegweisenden Erfolgen der 1950er-Jahre bleibt festzuhalten, dass Deutschlands ehemalige Vorreiterrolle im (Online-)Versandhandel allzu leichtfertig von den Altvorderen der einstigen Großkonzerne aufs Spiel gesetzt wurde. Sie dürfen sich unisono fragen lassen, warum sie eine per Fax (oder später digital) ausgelöste Bestellung nicht mittels Postleitzahlen-Zuordnung dem nächstgelegten Warenhaus zur direkten Abwicklung und Auslieferung zugestellt haben. Die Antwort ist so banal

wie das Geheimnis von Jeff Bezos: Weil sie die Bedürfnisse ihrer Kunden nicht ausreichend fokussierten.

Wird es also in 10 Jahren noch klassischen Einzelhandel geben in Deutschland? „Ja, aber anders“, sagt Stefan Genth, Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Deutschland (HDE). „Die Entwicklung wird dahin gehen, dass die Handelsunternehmen on- und offline intelligent miteinander verknüpfen.“ Genth schätzt, dass immer mehr klassische Einzelhändler sich im Internet präsentieren werden. „Gleichzeitig ist schon heute zu beobachten, dass bisher reine Online-Händler Filialen eröffnen, um die Kunden in beiden Welten abzuholen. Dieser Trend zum Multichannel-Handel wird sich weiter verstärken.“

Sidney Pfannstiel

„Amazon könnte der größte Händler in Deutschland werden“

Vier Fragen an, Dr. Kai Hudetz Geschäftsführer IFH Köln

Warum ist Amazon Ihrer Meinung nach so erfolgreich?

Hudetz: Amazon zeichnet sich durch eine extreme Kundenzentrierung aus. Sie führt zu einer hohen Kundenzufriedenheit und zu einer sehr starken Kundenbindung. Hinzu kommt die extreme Innovationskraft. Insgesamt ist Amazon eine Marke, die unter Online-Shoppern sehr großes Vertrauen genießt.

Woran hat es gelegen, dass einst erfolgreiche Unternehmen wie Karstadt trotz Filialdichte und Angebotsvielfalt eine Idee wie Amazon nicht umgesetzt haben?

Hudetz: Bei den seinerzeit Verantwortlichen war das Verständnis für die Tragweite der Entwicklung einfach nicht vorhanden. Bei den stationären Händlern fehlte viel zu lange das Online-Know-how und die Strukturen waren komplett auf die Filialen ausgerichtet. Außerdem wurden viel zu geringe Budgets für Onlineaktivitäten bereitgestellt.

Amazon macht gerade die 1h-Lieferung möglich. Wird Amazon bald Paketdienstleister?

Hudetz: Insbesondere für den PrimeNow-Dienst, aber auch für „Amazon Fresh“ benötigt Amazon eine eigene Logistik. Perspektivisch wird sich Amazon vermutlich mit eigenen Diensten auf die Ballungszentren konzentrieren.

Wo sehen Sie Amazon in zehn Jahren?

Hudetz: Zehn Jahre sind im Onlinehandel leider nicht prognostizierbar – schon gar nicht bei der Innovationskraft eines Unternehmens wie Amazon. Mit Dash, Echo und PrimeNow sehen wir heute zahlreiche Innovationen, deren Wirkung aktuell nur schwierig abzuschätzen ist. Amazon hat sich zu dem Universal-Onlinehändler entwickelt. Der Marktanteil am gesamten Onlinehandel liegt (inklusive Marketplace) schon jetzt bei über 40 Prozent und wird sich in den kommenden Jahren weiter erhöhen. Aktuell spricht vieles dafür, dass Amazon sich abseits des Onlinehandels zum größten Händler in Deutschland entwickeln wird.

Amazon-Standorte in Deutschland



dpa•21978

Quelle: Amazon



Dr. Kai Hudetz

Die Flexi-Rente: Alter neu denken



Die Große Koalition hat sich auf ein Modell zum flexiblen Einstieg in den Ruhestand geeinigt: die Flexi-Rente. In einem Buchbeitrag beschreibt MIT-Vorsitzender und Initiator der Flexi-Rente Carsten Linneemann, wie das Gesetz funktioniert. Das MittelstandsMagazin druckt seinen Beitrag als Vorabauszug.

Mentalitätswechsel

Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird viel zu oft als Gängelung statt als Chance verstanden. Sicher, ein solcher Mentalitätswandel lässt sich nicht per Gesetz verordnen. Wie aber lässt sich ein Mentalitätswandel einleiten? Statt im Monatsrhythmus die Erhöhung des gesetzlichen Eintrittsalters auf 70, 75 oder gar 80 zu fordern, müssen wir endlich dazu übergehen, die Menschen für die Zusammenhänge unseres Rentensystems zu sensibilisieren. Überzeugung statt Oktroyierung, Freiheit statt

Pflicht. Kurzum: Wir müssen das Alter neu denken! Die Flexi-Rente soll es Arbeitnehmern und Arbeitgebern erleichtern, freiwillig über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus zusammenzuarbeiten. Das entscheidende Signal lautet: Wer freiwillig länger arbeiten möchte, dem legt der Staat keine Steine in den Weg. Im Gegenteil: Er unterstützt ihn. Der individuelle Übergang ins Rentenalter ist die richtige Antwort auf den demografischen Wandel und den Fachkräftemangel. Die Unternehmen sichern Arbeitsplätze und Know-how und der Staat generiert zusätzliche Steuereinnahmen. Damit das gelingt, waren und sind verschiedene Maßnahmen notwendig.

Verbesserte Information

Bis 2015 hat die Deutsche Rentenversicherung jeden Arbeitnehmer nach seinem 55. Geburtstag auf die bevorstehende Rente hingewiesen (Renten-

erinnerung). Die Versicherten bekamen die Informationen zu einem Zeitpunkt, zu dem sie sich in der Regel intensiv mit ihrem individuellen Erwerbsaustritt beschäftigen. Doch bisher hieß es gleich im Eingangssatz: »Wir empfehlen Ihnen, einen Antrag auf Regelaltersrente zu stellen.« Diese Formulierung schien keine Spielräume zuzulassen, sondern schreckte selbstredend sogar davor ab, weitere Optionen in Betracht zu ziehen. [...] Die Rentenversicherungsträger hatten, nachdem wir diesen Missstand mit ihnen diskutiert haben, ein Einsehen: 2015 sind sie zu einer offeneren Formulierung übergegangen. Gleichzeitig wird nun über die Möglichkeiten zur Weiterbeschäftigung informiert. Mit dem Flexi-Rentengesetz werden ab 2017 zusätzlich weitere Standardschreiben der Rentenversicherung besser auf die Erwerbschancen im Alter hinweisen. Sowohl die Renteninformation, die ab dem 27. Lebensjahr regelmäßig zuge-

stellt wird, wie auch die Rentenauskunft (ab dem 55. Lebensjahr) werden dazu aktualisiert.

„Weiterbeschäftigungsverbot“

Am 23. Mai 2014 hat der Bundestag zusammen mit dem Rentenpaket die arbeitsrechtliche Grundlage der Flexi-Rente beschlossen. Das faktische Weiterbeschäftigungsverbot wurde abgeschafft. Damit ist eines der gravierendsten Hemmnisse für die Beschäftigung über die Regelaltersgrenze hinaus beseitigt worden. Seit dem 1. Juli 2014 können ältere Beschäftigte ein späteres Ausscheiden aus dem Beruf frei, flexibel und rechtssicher mit dem Arbeitgeber vereinbaren. Dabei reicht es schon aus, wenn sich Beschäftigte und Arbeitgeber auf einen kleinen Zusatz zum Arbeitsvertrag einigen. Dort können sie sich frei von sonstigen Kündigungsschutz- und Befristungsvorgaben auf einen späteren Erwerbsaustritt einigen. Diese Verlängerung lässt sich so oft wie gewünscht verlängern, wiederholen oder aufheben – immer das Einvernehmen vorausgesetzt.

Mit dieser Neuregelung fiel die entscheidende Hürde bei der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer. [...] Arbeitnehmer im Rentenalter können nun jedoch auf Wunsch befristet weiterarbeiten – bei vollem Rentenbezug. Mittlerweile sind fast 50.000 Menschen mehr im Rentenalter beschäftigt, Tendenz steigend! [...]

Flexi-Bonus setzt Anreize

Erreicht ein »Flexi-Rentner« die Regelaltersgrenze und zahlt weiter in die Rentenkasse ein, so erhält er mehr Rente. Egal, welche Konstellation er wählt, es ist immer ein lohnendes Geschäft. Schon bisher erlaubte es die Rentenkasse, die Rente später in Anspruch zu nehmen. Mit den arbeitsrechtlichen Erleichterungen ist dies nun endlich eine realistische Option. Für jeden Monat, den ein Beschäftigter später in Rente geht, also über das Rentenbezugsalter hinaus arbeitet und keine Rente in An-

spruch nimmt, erhält er einen Zuschlag auf die Rente von 0,5 Prozent [...].

Doch auch wer bereits Rente bezieht, kann durch Mehrarbeit seine Rente aufbessern. Die bisher fälligen Rentenversicherungsbeiträge, die quasi wie eine Strafabgabe wirkten, können nun auch im Rentenkonto wirksam werden. Beschäftigte Rentner, die ihren eigenen Arbeitnehmeranteil zur Rentenversicherung abführen, bekommen diesen inklusive des Arbeitgeberanteils gutgeschrieben. Wer nun also im Alter beispielsweise halbtags neben der Rente arbeiten möchte, der kann innerhalb eines Jahres über die Beitragszahlungen seine Rente im Schnitt um 20 Euro im Monat aufbessern. Früher gingen die Beiträge ohne jegliche Gegenleistung im großen Rententopf unter und konnten nicht individuell geltend gemacht werden.

Zudem werden die leistungslosen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgeschafft. Denn Beiträge für Rentner an die Bundesagentur für Arbeit entbehrten schon immer jeglicher Logik. Rentner können schlicht nicht arbeitslos werden. Aus sozialrechtlicher Sicht ist nun eine echte Wahlfreiheit bei der Beschäftigung im Rentenalter sichergestellt.

Individuelle Lösungen

[...] Nun können Frührentner neben der Rente jährlich 6300 EUR ohne Anrechnung auf die Rente hinzuverdienen. Dabei ist es völlig unerheblich, wie sich dieser Verdienst aufgliedert. Ein regelmäßiger Verdienst von 525 EUR im Monat kann ebenso gewählt werden wie ein besonders hoher Verdienst in kürzerer Zeit, solange die Gesamtsumme unter 6300 EUR liegt. Erst danach kommt es zu einer transparenten und verständlichen Anrechnungsregel: Jeder Verdienst über dieser Grenze von 6300 EUR wird zu 40 Prozent auf die Rentenzahlung angerechnet.

Für einen eventuell darüber liegenden Verdienst gilt, dass die angerechnete Rente nicht verloren ist. Denn diese Rentenzahlung wird nicht eingezogen, sondern eingefroren. Die 40-prozentige Anrechnung wird im Rentenkonto gutgeschrieben, und auf diesen Teil sind selbstverständlich keine Abschläge mehr fällig. Wer also mehr verdient, erwirtschaftet damit automatisch auch einen Teil seiner Rentenabschläge der Frührente zurück. Insgesamt ermöglicht es diese attraktive und verständliche Regel, dass zumindest ein Teil der Frührentner nun eine realistische Option erhält, auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Die starren Regeln, die zuvor als versehentliches Hemmnis galten, sind passé.

Resümee: Alle profitieren!

Auch wenn die Verhandlungen in den vergangenen drei Jahren zum Teil sehr zäh verliefen, können sich die Ergebnisse sehen lassen: Wer länger arbeiten kann und will, für den wird das deutlich attraktiver. Der längst überfällige Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik wird damit hoffentlich eingeleitet. Viele Ältere wollen länger arbeiten, weil sie darüber Sinnstiftung erfahren. Und viele Arbeitgeber brauchen ihre älteren Fachkräfte, um weiter erfolgreich auf den Märkten unterwegs zu sein. [...] Die bisherige automatische »Vollbremsung in die Rente« wird langsam abgefedert. Und vielleicht kommen wir dann endlich auch an den Punkt, an dem man nicht mehr von einem Renteneintrittsalter, sondern einem Rentenbezugsalter spricht: Man kann in den Ruhestand gehen, muss es aber nicht. Ältere Arbeitnehmer können länger arbeiten. Wir brauchen sie, und wir wollen sie.

Carsten Linnemann

Zukunftsfeste Rente

*Neue Impulse für die Alterssicherung
Thomas Köster (Hg.)
November 2016, Herder, 240 Seiten,
25,99 Euro, ISBN: 978-3-451-37706-8*



Trump Land

Walter Niederberger
Geb., 224 S., 17,95 Euro
ISBN 978-3-280-05638-7
Orell Füssli Verlag

Am 8. November 2016 schlägt die Stunde der Wahrheit. Dann werden wir wissen, wie erfolgreich Donald Trump wirklich ist und wie sehr ihm die amerikanischen Wähler vertrauen und Hillary Clinton misstrauen. Ganz gleich, wer die USA künftig regiert, es bleibt das Bild einer tief gespaltenen Nation, die acht Jahre nach Obama voller Zorn und Selbstzweifel auf einen Erlöser hofft. Trump jedenfalls droht die Gesellschaft noch mehr auseinander zu reißen.

d.quarks

Der Weg zum digitalen Unternehmen
Broschur, 200 S., 41,10 Euro
ISBN 978-3-86774-554-3
Murrmann Verlag

Die beiden Autoren Henrich und Pachmajer verantworten bei PwC das Kundensegment Familienunternehmen und Mittelstand mit dem Beratungsschwerpunkt Digitale Transformation und prohezeien „dramatische Veränderungen“. Anhand prägnanter Fallbeispiele aus Deutschland veranschaulichen sie, welche Chancen die Digitalisierung bietet, ganz gleich ob das Unternehmen nun Kabel, Schrauben, Ventile, Maschinen, Autos, Bekleidung oder Elektrogeräte herstellt. Das Buch ist ein Kompass zu einem erfolversprechenden Transformationsprozess.



Am Anfang war das Wort

Martin Treu
Broschur, 216 S., 14,95 Euro
ISBN 978-3-831-90639-0
Ellert & Richter Verlag

2017 wird das Luther-Jahr. 500 Jahre ist es am 31. Oktober her, dass Martin Luther seine 95 Thesen an die Wittenberger Schlosskirche heftete und damit unseren Kontinent grundlegend veränderte. Der Autor, Theologe und Historiker sowie Geschäftsführer der Luther-Gesellschaft in Wittenberg, geht in dem reich bebilderten Band unter anderen den Fragen nach wie „Warum gab es die Reformation?“, „Wo fand sie statt und wie hat sie sich entwickelt?“ oder „Was passierte wirklich am 31. Oktober 1517 in Wittenberg?“

Professionelles Mentoring

Geb., 366 S., 69,00 Euro
ISBN 978-3-64807185-4
Hauffe Verlag

Wollen Sie auch bisher verborgene Potenziale Ihrer Mitarbeiter erkennen, die Lernfähigkeit der Organisation fördern oder möchten sich als Mentor oder Mentorin engagieren? Dann sollten Sie sich dieses Buch, das jetzt in erster Auflage erschienen ist, einmal ansehen. Die beiden Autorinnen geben einen kompakten Einblick, Überblick und Ausblick auf das interne Mentoring. Lobenswert sind die vielen Best-Practice-Beispiele – allesamt nicht nur abwechslungsreich, sondern auch anschaulich und lehrreich.



Bürgerbeteiligung

Konzepte und Lösungswege
Geb., 352 S., 49,95 Euro
ISBN 978-3-943951-68-4
Buch Contact

Was aus falsch verstandener Bürgerbeteiligung werden kann, hat der Austritt Großbritanniens aus der EU gezeigt. Auf EU-Seite gab und gibt es zu wenig Bürgerbeteiligung, auf der Insel dagegen zu viel und zu wenig argumentative Unterstützung für den Verbleib. Dieses Buch bietet Lösungswege und Konzepte, vor allem im Bereich „öffentliche Planung“. Das scheint auch dringend geboten, denn Deutschland bekommt ja mittlerweile kein einziges Großprojekt mehr „gebacken“: BER, Elbphilharmonie, diverse Autobahnprojekte, Stromtrassen und Bahnhöfe.

Wo liegt das Problem?

Geb., 278 S., 39,95 Euro
ISBN 978-3-943951-62-2
Metzner Verlag

Im Untertitel versprechen die beiden Autoren eine Anleitung dazu, das Team in nur drei Stunden wieder arbeitsfähig zu machen. Ich bin mir nicht sicher, wie das glücken soll, denn das Buch zu bearbeiten, zu verstehen und in die Praxis umzusetzen, dauert sicher schon 30 Stunden. Egal, wenn es denn gelingt, mit den dargestellten Methoden und Fallbeispielen aus der Problemfalle rauszukommen, ist es den Schweiß der Edlen wert. Die Frage „Wo liegt das Problem?“ ist tatsächlich der Schlüssel zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit.



Gesellschaftliche Innovation und Nachhaltigkeit

3 Bände im Schuber, 34,95 Euro
ISBN 978-3-8029-3946-4
Walhalla Verlag

Die Buchreihe „Gesellschaftliche Innovation“ vermittelt Ansätze und Anregungen zum nachhaltigen Zukunftshandeln. Sie beruht auf einer Ringvorlesung an der Hochschule München. In den drei Bänden „Perspektiven“, „Netzwerke“ und „Praxis“ stellen die Gründer und Unternehmer ihre Unternehmen vor. Herausgeber der Bände sind Professoren und prominente Köpfe der deutschen Wirtschaft.

Fußball EM 2016

Bildband mit zahlreichen Fotos
Hardcover
ISBN 978-3-8319-0631-4
Ellert & Richter Verlag

Die EM ist schon „fast“ Geschichte, zumal es mit dem Titel nicht geklappt hat und Olympia in Rio noch nachhallt, aber gestandene Fußballfans können mit diesem Band die Wochen in Frankreich noch einmal lebendig werden lassen. Sportreporter Gerd Delling zeichnet als Herausgeber für den Bildband mit seinen stimmungsvollen Reportagen und aufwändigen Fotostrecken verantwortlich.

Die neue E-Klasse Chic im Design Innovativ in der Technik



Foto: Kohl

Auch bei Mercedes hat die automobiler Zukunft längst begonnen, und zwar mit weiterer Digitalisierung und größerer Entlastung am Lenker

Einen großen Schritt in die Zukunft geht Mercedes-Benz mit der neuen E-Klasse. Die zehnte Generation der Business-Limousine setzt gestalterische Akzente mit einem klaren Design sowie einem exklusiven Interieur. Zudem feiern in der E-Klasse zahlreiche technische Innovationen ihre Weltpremiere. Sie ermöglichen sicheres Fahren sowie neue

Dimensionen der Fahrerentlastung.

Die Front ist je nach Design- und Ausstattungs-Line unterschiedlich gestaltet. Im Heck machen breite Schultern über den hinteren Radläufen einen kraftvollen Eindruck. Das Innere der neuen E-Klasse ist geprägt von zwei breiten hochauflösenden Displays mit jeweils 12,3 Zoll

Bilddiagonale der nächsten Generation. Dieses Widescreen-Cockpit beinhaltet als Kombiinstrument ein großes Display mit virtuellen Instrumenten im direkten Blickfeld des Fahrers sowie ein Zentraldisplay über der Mittelkonsole. Die Optik dieses Instruments kann der Fahrer aus drei verschiedenen Stilen selbst wählen: „Classic“, „Sport“ und „Progressive“. Außerdem kann er nach Belieben die für ihn relevanten Informationen und Ansichten konfigurieren.

Berührungssensitive Touch Controles im Lenkrad reagieren auf horizontale und vertikale Wischbewegungen. Zusätzlich gibt es zur Steuerung des Infotainmentsystems weitere Bedienmöglichkeiten: ein Touchpad mit Controller in der Mittelkonsole, das sogar Handschriften erkennt und die Sprachsteuerung.

Für die neue E-Klasse stehen die Modelle E 200 mit Vierzylinder-Benzinmotor und E 220 d mit einem neu entwickelten Vierzylinder-Dieselmotor sowie der E 350 d mit Sechszylinder-Diesel zur Verfügung.

Günter F. Kohl

Citroen Jumpy Komplette Neuentwicklung eines Allroundtalents

Mit dem neuen Jumpy hat Citroen einen preiswerten, zweckmäßigen und mit pfiffigen Details ausgestatteten Lieferwagen, der je nach Ausbau als Kastenwagen zum Materialtransport oder mit neun Sitzplätzen zum Personentransport verwendet werden kann. Die komplette Neuentwicklung dieser modularen Plattform ist ein Angebot an viele Gewerbetreibende, Dienstleister oder Körperschaften. Mit seinem Einstiegspreis von 23.000 Euro, seinen Längenvarianten zwischen 4,60 und 5,30 Meter, einer Nutzlast von bis zu 1.400 Kilogramm und einer Höhe von nur 1,90 Meter sind die wichtigsten Kennzahlen genannt.

Sensorgesteuerte Schiebetüren, ein Head-up Display, Rückfahrkamera, Verkehrszeichenerkennung, Navi, eine Aufmerksamkeitswarnung und sehr sparsame Dieselmotoren werten diesen kompakten Lastesel auf.

Günter F. Kohl

Foto: Citroen



Kompakter Lastesel zu einem akzeptablen Preis: Citroen Jumpy

PRO: Die Abgeltungsteuer widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes

Unser Steuerrechtssystem basiert auf unserem Grundgesetz. Und hier sind es im Wesentlichen zwei grundlegende Prinzipien, gegen die meines Erachtens die Abgeltungsteuer verstößt: Zum einen der Gleichheitsgrundsatz aus Artikel 3 des Grundgesetzes und daraus folgend das Prinzip der Besteuerung entsprechend der Leistungsfähigkeit. Es kann nicht richtig und gerecht sein, dass zum Beispiel Arbeitseinkommen und Renten sowie Einnahmen aus selbstständiger Tätigkeit und Vermietung in vollem Umfange der Einkommensteuer unterliegen, die meisten Einkünfte aus Kapitalvermögen jedoch nicht. Auch die häufig angeführte Begründung,



Norbert Nettekoven (geb. 1950) war von 1975 bis zu seinem Ruhestand 2016 als Wirtschafts- und Steuerberater bei der DHPG Dr. Harzem & Partner Gruppe tätig. Nettekoven ist seit 2009 stellvertretender Landesvorsitzender der MIT NRW und Kreisvorsitzender der MIT Rhein-Sieg. Er ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder.

dass ein Teil der Zinserträge ein Ausgleich für die Geldentwertung seien, verfängt nicht. Denn auch jede Lohnerhöhung oder Rentensteigerung ist durch die Inflation begründet. Die ist im Übrigen seit einigen Jahren sehr gering.

Aus fiskalischen Gründen erscheint es durchaus sinnvoll, eine Kapitalertragsteuer als Erhebungsform der Einkommensteuer unmittelbar an der Ertragsquelle zu erheben. Danach ist jedoch eine normale Einkommensteuerveranlagung durchzuführen, damit eine Gleichbehandlung mit den anderen Einkunftsarten stattfindet. Das Argument, dass Deutschland sich den Regelungen in anderen Ländern anpassen muss, kann nicht gelten. Zum einen sind die Regelungen in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich (zwischen zehn und 35 Prozent). Zum anderen hat die Finanzkrise gezeigt, dass viele ausländische Anleger ihr Kapital gerne in deutschen Bundeswertpapieren anlegen, obwohl für einige Laufzeiten inzwischen negative Zinsen berechnet werden. Die Bonität und damit die Sicherheit der Anlage gehen vor Rendite. Im Sinne einer gerechten Besteuerung plädiere ich für eine Abschaffung der Abgeltungsteuer und damit eine Besteuerung aller Kapitalerträge wie andere Einkunftsarten.



Sollte die Abg abgeschafft v

„Besser 25 Prozent von X als 42 Prozent von nix.“ Mit dieser Aussage plädierte einst Peer Steinbrück (SPD) für die Beibehaltung der Abgeltungsteuer. Gegner der Abgeltungsteuer argumentieren, dass der Steuersatz von 25 Prozent auf Zinsen und Dividenden plus Soli und Kirchensteuer

IHRE MEINUNG ZÄHLT

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Sie können darüber abstimmen, ob die... Über das Endergebnis der Umfrage informieren... diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn... los abonnieren.



(Foto: Fotolia)

Abgeltungsteuer abgeschafft werden?

die Reichen begünstige, da Gehälter auch mit bis zu 45 Prozent besteuert würden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Sollte die Abgeltungsteuer abgeschafft werden? Die Beiträge geben die persönliche Meinung der Autoren wieder.

Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage-abgeltungsteuer-abgeschafft-werden-sollte.
 Wenn wir Sie im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie
 unter www.mit-bund.de/newsletter-kostenlos

CONTRA: Die Abgeltungsteuer entlastet Bürger und Verwaltung von unnötiger Bürokratie

Bei der Diskussion um die Abschaffung der Abgeltungsteuer muss man sich die mit ihrer Einführung verfolgten Ziele klar vor Augen führen: Kapitalflucht und Steuerhinterziehung durch eine einfache und zugleich im internationalen Vergleich attraktive Besteuerung zu verringern bzw. zu vermeiden. Diese erfolgreich erreichten Ziele würden bei Abschaffung der Abgeltungsteuer zum jetzigen Zeitpunkt wieder rückgängig gemacht, denn die Einbeziehung von Kapitalerträgen im Rahmen der regulären Besteuerung kann derzeit nicht sichergestellt werden. Wenn überhaupt, dann kann über die Abschaffung der Abgeltungsteuer erst dann nachgedacht werden, wenn der ab 2017 geltende automatische internationale Informationsaustausch, der einen Meilenstein bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung darstellt, in der Praxis funktioniert. Aber auch dann gilt es, die Vorteile der Abgeltungsteuer gegenüber deren Nachteilen genau abzuwägen. Dabei wird man feststellen, dass die Vorteile von erheblichem Gewicht sind: Das System der Besteuerung an der Quelle funktioniert und die Abgeltungsteuer entlastet Bürger und Verwaltung von unnötiger Bürokratie.

Die Abgeltungsteuer hat die Besteuerung von Kapitalerträgen schlichtweg transparenter und einfacher gemacht. Würde die Abgeltungsteuer hingegen ab-

geschafft, wären Ausgleichsmechanismen erforderlich, die die steuerliche Vorbelastung der Dividenden auf Unternehmensebene berücksichtigen. Zudem müsste der Werbungskostenabzug zwingend wieder zugelassen werden. Vor diesem, aber auch vor dem Hintergrund, dass viele EU-Mitgliedstaaten ebenfalls gute Erfahrungen mit der Abgeltungsteuer gemacht haben, sollte im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit unseres Finanzstandortes die Abgeltungsteuer in ihrer bisherigen Form zumindest bis auf Weiteres beibehalten bleiben.



Olav Gutting MdB ist Rechtsanwalt und Sozius in der Kanzlei „Gutting Steuerberater und Rechtsanwälte“. Als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Bruchsal-Schwetzingen ist er Mitglied im Finanzausschuss und im Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie Mitglied der MIT.

BREXIT – und was nun?



MIT Bremerhaven

Die MIT Bremerhaven hat den Europaabgeordneten David McAllister eingeladen, um vor über 100 Teilnehmern den Ausgang des BREXIT-Referendums zu diskutieren. Das Referendum mache den großen Riss quer durch die britische Gesellschaft deutlich, sagte McAllister. Die Gräben der EU-Befürworter und -Gegner seien groß. Das Ergebnis sei für das Vereinigte Königreich, aber auch für Europa dramatisch. Auch die Gewinner des BREXIT wüssten zurzeit offenbar nicht, wie sie damit umgehen sollten. Das Referendum werde die EU nachhaltig verändern. McAllister betonte, dass ein besseres Europa und nicht mehr Europa nötig sei.

Besuch der Mannheimer Morgen Großdruckerei



MIT Mannheim

1946 erteilte die US-Besatzungsmacht die Lizenz für eine Zeitung in Mannheim – die Geburtsstunde des Mannheimer Morgen. Täglich werden 120.000 Exemplare unterschiedlicher Zeitungen gedruckt. Bei einem Vortrag der MIT Mannheim wurde zunächst über die Geschichte, Redaktion, Druck und Versand der Tageszeitung informiert, bevor der Rundgang zu den Herzstücken der Großdruckerei führte. Vor allem die hochmodernen Druckmaschinen beeindruckten nicht zuletzt wegen ihrer Größe und Geschwindigkeit. Aber auch das monumentale Papierlager, die Sortier- und Logistiksysteme fanden reges Interesse.

Peter Pfeiffer führt für weitere zwei Jahre



MIT Hildesheim

Die Wahlen der MIT Hildesheim waren nach den Berichten des Kreisvorsitzenden Peter Pfeiffer, des Kreisschatzmeisters Peter Radtke und des Kassenprüfers Jürgen A. Grünheid offenbar nur noch Formsache: Peter Pfeiffer wurde einstimmig in seinem Amt als Kreisvorsitzender bestätigt. Nach den Wahlen referierte der Hauptgeschäftsführer der MIT Niedersachsen, Andreas Sobotta, über das Thema „Die neue Mittelstandspolitik im Bund und in Niedersachsen“. Sobotta empfahl für die kommenden Wahlen, die inhaltlichen und thematischen Unterschiede deutlicher herauszustellen. Es sei ein Fehler, bereits mit einem Kompromiss in Verhandlungen zu gehen. Die Union täte gut daran, klar zu sagen, was sie wolle.

Compliance – „Nicht lügen, nicht betrügen, nicht stehlen!“



MIT Lüneburg

Nicht nur aus der Automobilindustrie und dem Bankgeschäft sind die großen und kleinen Verstöße gegen gesetzliche und selbst auferlegte Regelungen bekannt. Jeder Mittelständler kann betroffen sein. Andreas Braun von der Finanzgruppe Talanx berichtete bei den 23. „Gesprächen MIT Genuss“ der MIT Lüneburg von den Anforderungen an eine ordnungsgemäße Unternehmenskultur. Jeder Mittelständler sei gefordert, sich mit Compliance in seinem Unternehmen zu beschäftigen und für regeltreues Wirtschaften zu sorgen. Braun zitierte den früheren Bundesfinanzminister Theo Waigel: „Compliance dient der Einhaltung von Verhaltensregeln, die die Einhaltung von Gesetzen sichern.“ „Eigentlich ist es so einfach wie im Kindergarten“, so Braun. „Du sollst nicht lügen, nicht betrügen und nicht stehlen!“

Mittelstand im Hafen Hamburg – Wege aus der Krise!



MIT Hamburg

Die schlechten Nachrichten vom Hamburger Hafen haben in letzter Zeit ein nur schwer erträgliches Maß erreicht. Die MIT Hamburg hat daher mit dem renommierten Hafen-Klub ein Event zum Thema „Mittelstand im Hafen - Wege aus der Krise“ durchgeführt. Neben Schlickproblemen, die ein Anlegen von beliebten Kreuzfahrtschiffen im Cruise Center in der Hafencity genauso verhindern wie das Anlegen großer Containerschiffe an bestimmten Terminals, ist vornehmlich der Mittelstand im Bereich Hafen- und Logistikwirtschaft durch Entscheidungen der zuständigen Hamburger Behörden betroffen. Die MIT hat zwischenzeitlich eine Arbeitsgruppe „Hafenpolitik“ eingesetzt, deren Ziel die mittelfristige Identifikation der wichtigsten politischen Anliegen des Hafens ist.

„Daten-Erklärer“ sieht Chancen und Risiken



MIT Paderborn

Bei einem ersten Blick auf den sogenannten „Zukunftsatlas“ der Baseler Beratungsfirma Prognos scheint die Tendenz für den Kreis Paderborn negativ. Von 402 Kreisen und kreisfreien Städten belegt der Kreis Paderborn in Sachen „Zukunftsfähigkeit“ deutschlandweit Rang 109. Die Details dieses Rankings erläuterte der Prognos-Experte Peter Kaiser beim Sommergespräch in Bad Lippspringe auf Einladung der MIT Paderborn. MIT-Kreisvorsitzender Ulrich Lange will sich mit seiner Vereinigung auch weiterhin der Herausforderung stellen, den Kreis Paderborn zukunftsfest zu machen, und setzt dabei auf einen intensiven Dialog mit Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.

Spahn: „CDU-Wahlprogramm ohne Steuerentlastungen für 2017 nicht denkbar“



MIT Lingen

Die MIT Lingen hat gemeinsam mit dem CDU-Stadtverband Lingen Unternehmer zum Frühstück mit dem CDU-Bundespolitiker Jens Spahn eingeladen. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium mahnte an, dass Deutschland in der jetzigen guten wirtschaftlichen Situation die Weichen für morgen stellen müsse. In der anschließenden Diskussion, die vom MIT-Vorsitzenden Wolfgang Paus moderiert wurde, forderten die MIT-Mitglieder, dass ein Drittel der Steuermehreinnahmen an die Steuerzahler zurückgegeben werde. Spahn betonte, dass die MIT mit ihrem jüngsten Steuerkonzept die Diskussion über alle Parteigrenzen hinweg angeschoben habe. „Dank der MIT ist ein Wahlprogramm der CDU ohne Steuerentlastungen für die nächste Bundestagswahl nicht denkbar“, sagte Spahn.

NEU

Nutzen auch Sie die Möglichkeit, auf der Internet-Seite der MIT Bund und gegebenenfalls im Mittelstandsmagazin über Ihre Veranstaltungen, Initiativen und politischen Erfolge zu informieren. Bitte reichen Sie Ihre Beiträge über unser Online-Formular ein: neue Webseite: www.mit-bund.de/basis



Bayerns Ministerpräsident und Staatsminister beim Bayerischen

„Sicherheit braucht eine starke Wirtschaft - Mittelstand und Mittelschicht entlasten!“ – unter diesem Motto sprachen Bayerns Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender Horst Seehofer und Staatsminister Joachim Herrmann vor rund 400 Delegierten und Gästen des Bayerischen Mittelstandstages in Erlangen. MU-Vorsitzender Hans Michelbach und seine Stellvertreter Peter Götz, Bernhard Kösslinger und Thomas Schmatz wurden mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. Als weiterer Stellvertreter neu gewählt ist Peter Erl.

In ihrem Leitantrag nennt die MU „10 zentrale Forderungen für das Regierungsprogramm 2017“: dazu zählen Steuerentlastungen wie ein Einkommensteuertarif auf Rädern, die Entlastung der Mittelschicht durch eine Abflachung des Einkommensteuertarifs, ein schnelleres Auslaufen des Soli und die Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialbeiträge.

Weitere Anträge behandelten ein Maßnahmenpaket zur Digitalisierung: mit einem Gütesiegel IT-Sicherheit, einem Bundesdigitalisierungsplan analog dem Bundesverkehrswegeplan und zielgerichteter Förderung für kleine und mittlere Unternehmen. Die MU will die Meisterpflicht wieder einführen und höhere Beiträge in der Renten- und Gesundheitspolitik verhindern. Die Brexit-





Präsident Horst Seehofer Joachim Herrmann Mittelstandstag

Verhandlungen sollen „zum gegenseitigen Vorteil“, aber ohne „Rosinenpickerei“ geführt werden. Eine EU-Einheitssozialpolitik dürfe es nicht geben; es müsse Schluss sein mit der „Politik des billigen Geldes“ durch die EZB.

MU-Vorsitzender Hans Michelbach, MdB, unterstrich: „Rekordsteuereinnahmen, Rekordbeschäftigung und solide Wachstumsraten sind das Ergebnis eines erfolgreichen Mittelstandes und einer leistungsstarken Mittelschicht. Beide erwirtschaften das Geld für Sicherheit, für Sozialsysteme und Integration. Wer Sicherheit will, braucht eine starke Wirtschaft. Deshalb müssen wir alles dafür tun, Mittelstand und Mittelschicht zu entlasten statt weiter zu belasten.“

Bei der Verleihung der Bayerischen Mittelstandspreise wurden Unternehmen ausgezeichnet, die beispielhaft für Spitzenleistungen im Mittelstand, sowie für eine besondere regionale Verbundenheit stehen. Die diesjährigen Preisträger sind: MTG Kommunikations-Technik (München), die Andechser Molkerei Scheitz (Oberbayern), Penzkofer Bau (Niederbayern), Voit Stefan (Oberpfalz), Horn Metallbau (Oberfranken), Hubert und Norbert Nägel (Mittelfranken), JOPP Holding (Unterfranken), FRAPACK (Nürnberg, Fürth, Schwach), GTG Gummitechnik (Schwaben), AVAG (Augsburg).



Ich bin in der MIT, weil ...

„... die MIT die Möglichkeit bietet, die Politik für Themen des Mittelstandes zu sensibilisieren.“

„... Mittelstand und Politik gerade auf regionaler Ebene nur gemeinsam erfolgreich für die Menschen wirken können.“

„... eine florierende mittelständische Wirtschaft Grundlage für sozialen Frieden und Wachstum ist und ich an diesem Erfolg mitarbeiten will.“

Tanja Westkämper



Tanja Westkämper (43) wurde in Paderborn geboren und ist auf einem landwirtschaftlichen Betrieb mit Schweinemast, Spargel-, Erdbeer- und Kartoffelanbau aufgewachsen. Nach ihrem Abitur studierte sie BWL mit dem Schwerpunkt Mittelständische Wirtschaft an der Fachhochschule der Wirtschaft in Paderborn und beendetet dieses als Diplom-Kauffrau. Seitdem arbeitet sie als Produktmanagerin in der Konsumgüterindustrie und hat in ihrer beruflichen Laufbahn sowohl Lebensmittel produzierende Großunternehmen als auch klassische Mittelständler in Ostwestfalen-Lippe und Bayern kennengelernt.

Zurück in ihrer Heimat, wo sie jetzt in einem mittelständischen Unternehmen der Chemiebranche tätig ist, engagiert sie sich als Beisitzerin im Kreisvorstand der MIT Paderborn, weil sie den Mittelstand sowohl aus der Perspektive des selbstständigen Unternehmers in Form ihres Vaters als auch als Angestellte kennengelernt hat und er ihr entsprechend vertraut ist.

Tanja Westkämper ist im Juli 2016 in die MIT Paderborn eingetreten.

Marco Müller



Der gebürtige Riesaer Marco Müller (40) hat die Umbrüche in seiner Heimatstadt hautnah miterlebt. Als einer der größten Stahlstandorte der DDR war Riesa vom Strukturwandel ab 1990 stark betroffen. Während in einem Kraftakt Investoren – inklusive eines Stahlproduzenten – gewonnen wurden und die Stadt eine neue Chance erhielt, absolvierte Marco Müller ein Jurastudium, hielt aber stets Kontakt in die Heimat. Schließlich ließ er sich als Anwalt in einer Kanzlei in Riesas Innenstadt nieder.

Marco Müller engagierte sich als Sprecher der CDU-Fraktion im Stadtrat stark für den heimischen Mittelstand. Seit Oktober 2014 ist er Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Riesa. Neben verschiedenen anderen Ehrenämtern fungiert er als Vorsitzender des Fördervereins der Staatlichen Studienakademie. In der Ausbildung von Fachkräften sieht er eine wesentliche Notwendigkeit für die Entwicklung der regionalen Wirtschaft. Marco Müller ist verheiratet und Vater eines Sohnes.

Marco Müller ist im Oktober 2016 in die MIT Meißen eingetreten.

Mirco K. Mucko



Mirco K. Mucko (44) ist Gründer und Geschäftsführer der Fresh Minds Consulting GmbH, einer Unternehmensberatung, die seit 2004 Qualitätssicherung in IT-Projekten organisiert. Nach seinem IHK-Abschluss als Industriekaufmann und dem BWL-Studium an der Heinrich-Heine-Universität in seiner Heimatstadt Düsseldorf arbeitete er in Neuss und Stuttgart als Account Manager bei ALCATEL. Später studierte er Informatik und setzte seine Fähigkeiten ein, um in Köln als Gesellschafter eine Unternehmensberatung mit aufzubauen. Seit Verkauf seiner Anteile hat Mirco Mucko seinen Fokus ganz auf sein eigenes Unternehmen für Management in der Qualitätssicherung gelegt und u.a. die Deutschen Bank und die Deutschen Telekom in großen Programmen beraten. Neben den berufstypischen Qualifikationen ist Mirco Mucko vom DV-NLP zertifiziert und wendet sein Wissen zur Konfliktlösung an. Seit Anfang 2015 ist Frankfurt am Main seine Wahlheimat wo er mit seiner Ehefrau und seinen beiden Kindern lebt.

Mirco K. Mucko ist im September 2016 in die MIT Frankfurt am Main eingetreten.

BLEIBEN SIE INFORMIERT MIT DEM MIT:NEWSLETTER!

Schreiben Sie eine E-Mail an mail@mit-bund.de und Sie erhalten zukünftig elektronische Post aus dem Berliner Regierungsviertel. Alle 14 Tage informieren wir Sie über Initiativen, Inhalte und Interna der MIT. Selbstverständlich dienen Ihre Daten ausschließlich der Verwendung durch die MIT und werden nicht an Dritte weitergegeben.

NEUES AUS DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE



Der neue Web-Baukasten der MIT

Der MIT-Bundesverband hat seinen Internetauftritt (mit-bund.de) umprogrammiert und in der Struktur verbessert. Auf Basis der erneuerten MIT-Webseite können auch weitere MIT-Gliederungen das Baukastensystem übernehmen. Zudem können Inhalte von der MIT-Webseite automatisch auf der Verbands-Webseite eingebettet werden, beispielsweise aktuelle Meldungen und Pressemitteilungen. Damit bleibt die Website stets aktuell.

Das neue System ist gerade für nicht IT-affine Website-Verantwortliche geeignet. Mit dem Baukasten können Inhalte leichter erstellt und platziert werden. Der MIT-Bundesverband hat dabei die Investition für das Basisgerüst übernommen. Die Verbände, die den Baukasten übernehmen wollen, müssen eine monatliche Gebühr zahlen. Als „Testverband“ haben wir mit der MIT Rheinland-Pfalz zusammengearbeitet (www.mit-rlp.de). Bei weiteren Fragen steht Richard Praetorius als Ansprechpartner der MIT-Bundesgeschäftsstelle zur Verfügung, Tel. 030 220798-13 oder praetorius@mit-bund.de.



MIT in den Medien

„Es gibt eine allgemeine Elitenverdrossenheit. Die Parteien müssen sich wieder unterscheiden können.“

Carsten Linnemann zu den schlechten CDU-Wahlumfragen, 12. Oktober, Neue Westfälische

„Es spricht für ein fatales Unternehmerbild, wenn die Regierung den Arbeitgebern systematische Lohndiskriminierung vorwirft. In keiner Studie konnte nachgewiesen werden, dass es bei exakt gleicher Stundenzahl, Aufgabenbeschreibung, Verantwortung, gleicher Ausbildung und Berufserfahrung eine Lohndiskriminierung gibt.“

Jana Schimke, 8. Oktober, Dresdner Neueste Nachrichten

„Es muss jetzt Schluss sein mit Versprechungen im Wahlkampf zum Thema Rente. Wir brauchen Planungssicherheit für eine ganz lange Zeit. [...] Wir müssen vor allem etwas für Geringverdiener bei der betrieblichen Altersvorsorge tun, die im Rentenalter bedürftig sein werden.“

Carsten Linnemann, 15. Oktober, n-tv.de

„Draghi macht die Euro-Zone zu einer Schulden-Haftungsunion und die EZB durch ihre Anleihekäufe zu einer Bad Bank.“

Hans Michelbach, 28. September, Rheinische Post



Der Bundesvorsitzende unterwegs...

- 5. November, 09:30 Uhr**
DDIM - Dachgesellschaft Deutsches Interim Management e.V.
„Mittelstandspolitik in Deutschland - Quo vadis?“
Düsseldorf
- 11. November, 11:00 Uhr**
CDA Deutschlands
„Welche Reformen braucht das deutsche Alterssicherungssystem?“
Berlin
- 14. November, 19:30 Uhr**
Verband der Familienunternehmer
Beliebigkeit in der Politik – Zurück zur Sozialen Marktwirtschaft
Hamburg
- 15. November, 12:30 Uhr**
Wirtschaftsclub Düsseldorf
„Die machen eh, was sie wollen – Wege aus der Vertrauenskrise“
Düsseldorf
- 15. November, 15:00 Uhr**
MIT Nordrhein-Westfalen
„Politik und Wirtschaft – Parallelwelten?“
Düsseldorf
- 15. November, 18:00 Uhr**
Volksbanken Dinslaken eG, Rhein-Lippe eG und Schermbeck eG
„Der Mittelstand als Motor für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland“
Schermbeck
- 17. November, 11:00 Uhr**
Finanzausschuss IHK Bielefeld
„Flüchtlingskrise, Nullzins, Bevölkerungsalterung – Wohin steuert Deutschland?“ Das Steuerkonzept der MIT
Bielefeld
- 17. November, 19:00 Uhr**
MIT Bergstraße
„Der Mittelstand bleibt Rückgrat unserer Wirtschaft“
Lampertheim
- 18. November, 19:00 Uhr**
MIT Tuttlingen
„Wirtschaftspolitik in Deutschland – Antworten der MIT“
Rietheim-Weilheim
- 19. November, 10:00 Uhr**
MIT Brandenburg, Landesmittelstandstag
„Flexi-Rente, Kalte Progression und Co. – wie die MIT Politik gestaltet!“
Cottbus
- 22. November, 17:00 Uhr**
KAS Hauptstadtforum
„Steuerpolitik für die Mitte“
Berlin
- 25. November, 09:00 Uhr**
MIT Bremerhaven
„Wirtschaftspolitik im Spannungsfeld von Flüchtlingskrise, Demographie und Digitalisierung“
Berlin
- 25. November, 10:45 Uhr**
Junger Wirtschaftsrat Deutschland
„MIT:GESTALTEN - Mittelstandspolitik erfolgreich umsetzen“
Berlin
- 29. November, 19:00 Uhr**
Governance Circle
„Deutschlands Zukunft: Verantwortung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“
Berlin

Die ewige Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Zu Beginn bediene ich mich einfach mal bei Wolfgang Bosbach, der in seinem jüngsten Buch (siehe S. 6) über den Modernisierungskurs der Merkel/Tauber-Union zu Protokoll gibt:

„Die CDU hat deutlich gemacht, dass sie dringend einen sogenannten Modernisierungsschub braucht. Da gehören Politiker wie ich eher zu den Auslaufmodellen. Bereits vor zwei Jahren hat Generalsekretär Tauber verkündet, dass die CDU ‚jünger, bunter, weiblicher‘ werden soll. So richtig passt das ja wirklich nicht zu mir. Ich werde ständig älter, nicht jünger. Frau werde ich auch nicht mehr, und angesichts meines Geburtsortes Bergisch Gladbach wird man selbst im fernen Berlin nicht behaupten, dass ich einen Migrationshintergrund habe.“

Besser kann jemand in diesen Zeiten seine Entfremdung innerhalb des CDU-Teils der Union nicht artikulieren. Dass an dem Merkel-Tauber-Kurs, koste es, was es wolle, derart festgehalten wird – obwohl das Adjektiv „alternativlos“ ja inzwischen ebenso gemieden wird wie der Satz „Wir schaffen das“ – verwundert angesichts der Faktenlage besonders.

Auch wenn die Union sich demoskopisch leicht stabilisiert, sind die Umfragewerte, gemessen an früheren, unterirdisch, ganz zu schweigen von den letzten Wahlergebnissen.

Die Union verliert weiterhin dramatisch Spender und Mitglieder, trotz aller Bemühungen und Kampagnen zur Mitgliederwerbung. Neuzugänge gleichen jedoch seit langem die Verluste nicht mehr aus.

Gleiches gilt auch für die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Herausgeberin dieses Magazins und nach eigener Darstellung mit ihren 25.000 Mitgliedern „der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland“. In den letzten 15 Jahren ist die Mitgliedschaft um fast 30 Prozent geschrumpft und gleichzeitig gealtert. Der Männeranteil beträgt 87,6 Prozent, die meisten sind 55 und älter. Nur fünf Prozent aller MIT-Mitglieder sind 34 Jahre und jünger.

Es ist offensichtlich: Die Alterung unserer Gesellschaft ist personell bei den Parteien und ihren Gliederungen angekommen, thematisch aber offenbar nicht im gleichen Maße und noch nicht bei allen jüngeren Führungskräften. Zudem wird die Schere zwischen der politischen Einstellung der meisten Mitglieder und den Politik-Angeboten für potenzielle Unions-Wähler immer größer. Der bereits zitierte Generalsekretär polarisierte nach innen so: „Wer hier nicht für Angela Merkel ist, ist ein *Arschloch und kann gehen*.“ Und ein Sitzungsleiter forderte kürzlich in einer Gremiensitzung per „stiller Post“ (WhatsApp) einen 30jährigen Teilnehmer auf, sich an der Diskussion zu beteiligen, damit auch mal jemand unter 65 zu Wort komme...



Günter F. Kohl ist Chefredakteur und Verleger des MittelstandsMagazins

IMPRESSUM **MittelstandsMagazin**

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU vertreten durch den Bundesvorsitzenden und den Hauptgeschäftsführer Schadowstraße 3, 10117 Berlin

Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mit-magazin.de

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 992, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf

Nielsen I, II, VI, VII
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09

Nielsen III a, III b, IV, V
KDH Medienservice
Karin Dommermuth-Hoffmann
Tel. 0261 / 394 953 36, Fax 0261 / 394 953 37

Titel-Foto: istock

Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44,
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck

Frank Druck GmbH + Co KG
Industriestraße 20, 24211 Preetz / Holstein

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

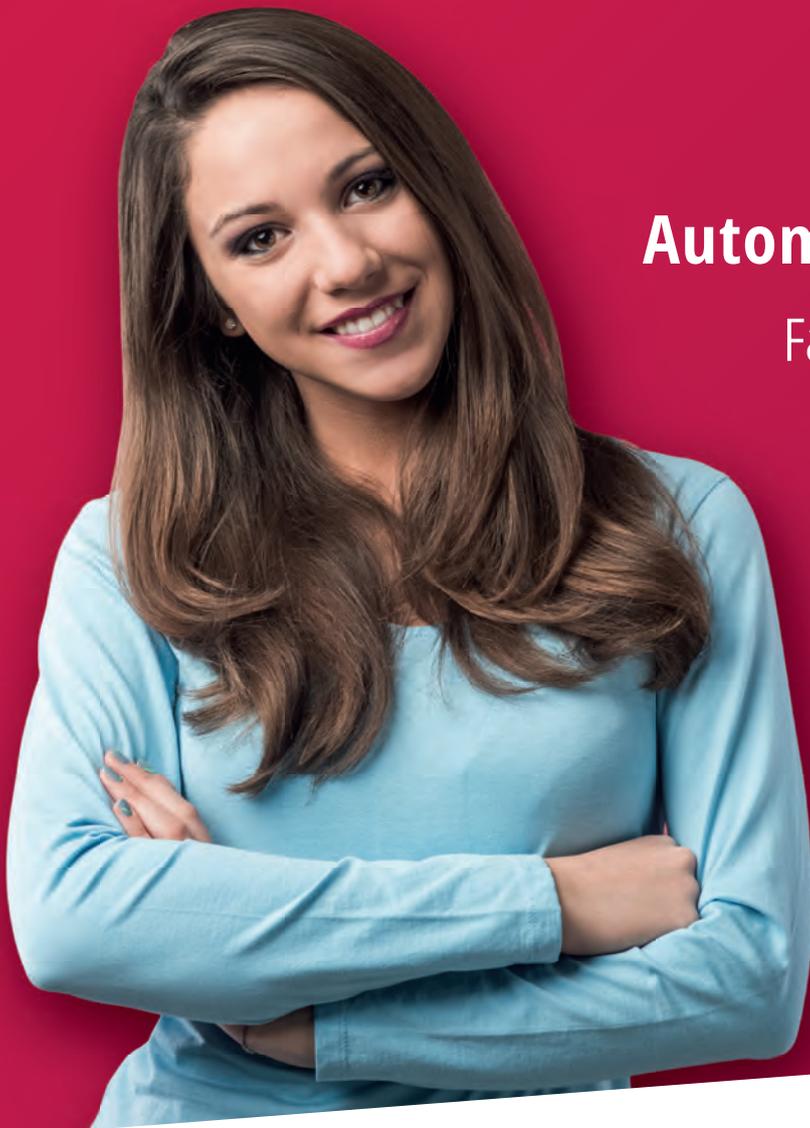
Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadenersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt:
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.

AUSBILDUNG IN DER AUTOMATENWIRTSCHAFT

Zukunft unternehmen!



Automatenfachmann/-frau

Fachrichtung Dienstleistungen
oder Mechatronik

3-jährig (IHK Abschluss)

DIE DEUTSCHE
AUTOMATENWIRTSCHAFT



Informationen unter
www.automatenberufe.de

all in one



-  Haftpflicht-/Vollkaskoschutz
-  Inspektionen
-  Verschleißreparaturen
-  Anschlussgarantie
-  1 all in one



Jetzt neu: rundum sorglos. Ab 64,90 €.

Ein Paket, alles drin: **Haftpflicht-/Vollkaskoschutz**, **Inspektionen**, wesentliche **Verschleißreparaturen** und die **Audi Anschlussgarantie** sind inklusive. Alles aus einer Hand – für minimale Kosten und maximalen Komfort. Für den Audi A4 schon ab 64,90 € monatlich zzgl. MwSt. Das Audi all in one-Paket ist auch für den Audi A1, A3, Q3, A6 und Audi TT verfügbar. Informieren Sie sich bei Ihrem teilnehmenden Audi Händler oder unter audi.de/allinone

Audi all in one beinhaltet den Audi Kasko- und Haftpflichtschutz und Audi ServiceKomfort für Neuwagen (in Verbindung mit einem Leasingvertrag der Audi Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig). Ein Angebot für private und gewerbliche Einzelabnehmer sowie ausgewählte Sonderabnehmer. Verfügbar für Neuwagen der Modelle Audi A1, Audi A3, Audi Q3, Audi TT, Audi A4 und Audi A6 – ausgenommen sind jeweils die S- und RS-Modelle sowie A3 Sportback e-tron – bei Laufzeiten von 12, 24 oder 36 Monaten und max. 150.000 km Gesamtfahrleistung. Leistungen des **Audi KaskoSchutz** werden von der Audi Leasing erbracht, Leistungserbringer des **Audi HaftpflichtSchutz** ist die HDI Versicherung AG, HDI-Platz 1, 30659 Hannover. Ab 23 Jahre (Versicherungsnehmer/jüngster Fahrer) und mind. SF 1 (Versicherungsnehmer). Ändern sich der Fahrerkreis und/oder die SF-Klasse während der Laufzeit des Vertrages und werden die Voraussetzungen nicht mehr erfüllt, entfallen ab dem Tag der Fahrerkreis- bzw. SF-Klassen-Änderung die Aktionskonditionen. Audi ServiceKomfort für Neuwagen beinhaltet Inspektion und Verschleiß der Audi Leasing sowie die Audi Anschlussgarantie der AUDI AG, 85045 Ingolstadt. Bei Überschreiten der vereinbarten Gesamtfahrleistung entfällt der Leistungsanspruch des Kunden. Nur bei teilnehmenden Audi Partnern.